



Progressives Bündnis

für einen klimagerechten und sozialen Kanton Zürich

in den
Regierungsrat
12.2.2023



Anne-Claude
Hensch
AL, neu

Martin
Neukom
Grüne, bisher

Priska
Seiler Graf
SP, neu

Jacqueline
Fehr
SP, bisher

Medien & Politik

100 Jahre Radio: Was für Wege in die Zukunft?

S. 18 – 19

Im Streitgespräch

Gehört ein Schlachthof in die Stadt?

S. 12 – 13

Sexuelle Befreiung

Den Zensur- balken aus dem Kopf bekommen

S. 22



Unsplash

Nachdenken



Imperiale Fantasien sind längst nicht mehr nur terrestrisch eingegrenzt, weil die finanziellen Möglichkeiten von sogenannten privatem Eigentum längst jenseits jeder Vorstellungskraft exorbitant gross sind. Derweil aufseiten überlebensnotwendiger Selbstvermarktung von Werktätigen langjährig für sakrosankt empfundene Schranken gefallen sind und Gig-Ökonomie oder Leihmutterchaft in den Bereich sogenannt zumutbarer Arbeit vorgedrungen sind. Das fünfte Zürcher Philosophiefestival wie auch «Das andere Davos» beschäftigen sich thematisch über das bevorstehende Wochenende intensiv mit Grundsatzfragen, die ein solch krasses Ungleichgewicht zwangsläufig als dringend zu debattierend auf den Schild hebt und sorgen für Ansätze zur Selbstermächtigung. froh.

5. Zürcher Philosophiefestival: «Kauf mich!», Fr – So, 12. – 14.1., Areal Mühle Tiefenbrunnen, Zürich. www.philosophiefestival.ch

Das andere Davos: «Solidarisch gegen Inflation, Klimakatastrophe und Krieg», Sa/So, 13./14.1., Volkshaus, Zürich. www.sozialismus.ch

Machtfrage



Luca Zanier

Seine Langzeitbeleuchtungen für nächtliche Zürichbilder aus der Vogelperspektive dürften den meisten fotografieaffinen Personen ein Begriff sein und persönlich dürfte Luca Zanier (*1966) sehr vielen Stadtzürcher Linken und SP-Mitgliedern seit Langem als agil bis wirbelwindig engagierter Zeitgenosse vertraut sein. Die Photobastei Zürich eröffnet ihr Ausstellungsjahr mit einer grossen Retrospektive seiner Arbeiten (und einer H.R. Giger-Schau), in denen Luca Zanier die Architektur der Macht im Sinne von Innenräumen von Plenarsälen internationaler Gremien aber auch im Sinne von Innenansichten von Energiegewinnungsindustrien dermassen geometrisch ausgeleuchtet in Szene gesetzt hat, dass auf die Verblüffung der Oberflächenrätselhaftigkeit gleich die latent politische Betrachtung und Infragestellung dieser teilweise erschreckenden Schönheit folgt. froh.

Luca Zanier: «Inventory», 13. – 29.1., Photobastei, Zürich. Artist Talk: Do, 19.1., 19h, ebenda. www.zanier.ch

Widerrede



Glücklicherweise haben sich seit jeher einzelne Menschen jedem Duckmäserium verweigert und gerade in zeitkritischen Momenten, in denen die allgemeine Freiheit, meist eingeläutet von einer Beschneidung der Redefreiheit, verbal virtuos widersetzt. Intellektuell, scharfzüngig und mutig. Zwar meist eher im kleinen Kreis einer Kleinkunstabühne oder einer Gaststättenecke hat Zürich eine lange Tradition als Sammelbecken für ExilkünstlerInnen, die mit politischem Kabarett einer Verrohung durch Uniformität entgegenzuwirken versuchten. Lulu Obermayer und Challenge Gumbodete vom Theater Neumarkt winden der Geschichte des politischen Kabarett mit «Backstage» ein Kränzchen und schaffen es hoffentlich, über die rein sentimental-schönfärberische Historie hinaus auch eine aktuelle Notwendigkeit für solch persönliche Chuzpe alias klug-beherzte, mitunter lauthals-verquer erscheinende Einmischung zu demonstrieren. froh.

«Backstage», 14. – 26.1., 20.30h, Chorgasse 5, Theater Neumarkt, Zürich.

Abschied



Gregory Batardon

Mit der elften Choreographie in elf Jahren verabschiedet sich der seit der Saison 2012/13 amtierende Ballettdirektor Christian Spuck vom Opernhaus Zürich, das er Ende Saison in Richtung Berlin verlässt. Er hat den Geist des Ensembles nach seinem langjährigen Vorgänger aber noch viel weitergehend erneuert, indem er das Ensemble mit einer Vielzahl von internationalen ChoreographInnen, ihrer Arbeitsweise und ihrem teils recht konträren optischen, künstlerischen, handwerklichen Tanzsprachen konfrontiert und damit erst den Teppich dafür ausgerollt hat, dass sich eine Vielfalt, eine Zeitgenossenschaft, ja eine Offenheit in die Compagnie hinein, aber auch ins Publikumsinteresse hinaus etablieren konnte. Damit verwandelte er das Ballett in Zürich (wieder?) zu einer festen Grösse im Jahreskalender wie wohl als Ort interessierender künstlerischer Auseinandersetzung am Puls der Zeit. Dafür gebührt ihm ein Dankeschön. froh.

«On the Move», 14.1. – 11.2., Opernhaus, Zürich.

Interaktion



Es wirkte fast ein wenig wie konzertiert, als im Herbst zeitgleich in zwei örtlichen Sonntagsblättern zum Halali auf das Schauspielhaus Zürich geblasen wurde. Der Vorwurf des «Unterhosen-theaters» gegenüber Christoph Marthaler vor zwanzig Jahren wurde unter einer neuen Prämisse des «Wokeism» gegenüber Benjamin von Blomberg und Nicolas Stemann vergleichbar differenziert aufgewärmt und breitgetreten. Interessanterweise nicht von regelmässigen Kritikern, und so blieben tatsächlich existierende, interne Probleme in diesen Generalabrechnungen auch unerwähnt. Das Leitungsduo hat seitenslange Repliken verfasst, die Breitseite der Vorwürfe hielt an. Also gehen sie nun konsequenterweise einen Schritt weiter, auf ihr Publikum zu und laden dieses – gratis – zu einem «Publikumsgipfel», in dem sie sich erklären und sich zu den mutmasslich zu hören sein werdenden Vorwürfen verhalten. Im Idealfall mit einer beherrzten Moderation. froh.

«Publikumsgipfel», Mi, 18.1., 19h, Schauspielhaus, Zürich.

«Es entspricht mir, Verantwortung zu übernehmen»

Priska Seiler Graf hat gemäss der ersten Wahlumfrage die beste Wahlchance aller neu Kandidierenden. Sie ist auch die Einzige mit Exekutiverfahrung.

Nicole Soland

Sie redet nicht lange um den heissen Brei herum: «Wir brauchen mehr sozialdemokratische Politik im Regierungsrat. Zwei SP-Sitze sind aufgrund unseres WählerInnenanteils gerechtfertigt», sagt Priska Seiler Graf. Was versteht sie unter sozialdemokratischer Politik? Eine Politik, die den Menschen ins Zentrum stellt, präzisiert sie: «Alle Menschen im Kanton Zürich, in der Stadt, auf dem Land und in der Agglo sollen ein gutes Leben haben, unabhängig davon, ob ihr Portemonnaie dick ist oder dünn.» Damit aber nicht genug: «36 Prozent aller Menschen im Kanton Zürich wohnen in der Agglomeration einer der grossen Städte. Ob in Schlieren oder Dietikon, Kloten oder Bülach – sie haben eines gemeinsam: Sie sind im Regierungsrat nicht vertreten», fügt Priska Seiler Graf an.

Dass sie den Adliswiler Regierungsrat Mario Fehr nicht zu den Agglo-Vertretern zählt, begründet sie mit dem kantonalen Raumordnungskonzept (ROK) beziehungsweise dessen Passus, dass das Limmattal und das Glatttal beziehungsweise die dortigen Agglomerationen 80 Prozent des Wachstums aufnehmen müssten: «Das finde ich sinnvoll, aber für mich heisst es auch, dass diese Wachstumsregionen in der Regierung vertreten sein müssen.»

Lieber Erneuerbare als Kampffjets

Priska Seiler Graf amtierte zehn Jahre, bis zu ihrem Rücktritt im Herbst 2020, als Stadträtin von Kloten, genauer als Sicherheitsvorsteherin. Die Arbeit in der Exekutive hat ihr gefallen: «Es entspricht mir, Verantwortung zu übernehmen, die anstehenden Geschäfte mitzugestalten und gemeinsam mit den anderen Exekutivmitgliedern gute Lösungen zu finden. Ich habe auch kein Problem damit, den Kopf hinzuhalten, wenn etwas nicht optimal läuft.»

In Kloten mit seinen unterdessen rund 20000 EinwohnerInnen habe sie miterlebt, dass die nötige Verdichtung «auf eine gute Art und Weise machbar» sei. Gleichzeitig wisse sie seither sehr genau, «wo die Gemeinden der Schuh drückt». Sie ist auch überzeugt, dass der Kanton die Agglo besser unterstützen müsste, nicht zuletzt finanziell, «damit die Gemeinden das Wachstum gestalten können, statt es geschehen lassen zu müssen».

So wie sie von ihrer Zeit als Stadträtin von Kloten erzählt, ist rasch klar, dass Priska Seiler Graf gern noch länger im Amt geblieben wäre: «Leider hat der Tag nur 24 Stunden...» Seit 2015 ist sie

Nationalrätin, und beides sei auf Dauer nicht vereinbar, findet sie. Mit ihrem Engagement in der Sicherheitspolitischen Kommission SiK wie auch als Mitinitiantin der schliesslich zurückgezogenen Volksinitiative gegen den Kampffjet F-35 wurde sie über den Kanton Zürich hinaus bekannt.

Wegen ihres Einsatzes gegen die Milliarden für die Militärflieger wurde sie auch angefeindet, vor allem nach dem Überfall Putins auf die Ukraine. Aber Priska Seiler Graf, der auch Bürgerliche eine vernünftige und kompromissbereite Art des Politisierens attestieren, sieht in solchem Gegenwind kein Problem: Es sei wichtig gewesen, diese Initiative einzureichen. «Ich bin auch nicht sicher, wie eine Abstimmung über den F-35 ohne aktuellen Krieg auf europäischem Boden herausgekommen wäre.» Also einfach schlechtes Timing? «Was die SP zur Sicherheitspolitik beiträgt, sind keine lauten Schlagworte, sondern differenzierte Darstellungen. Wir wehren uns keineswegs gegen Investitionen – dort, wo sie Sinn machen.» Die Schweiz sei beispielsweise in Sachen Boden-Luft-Abwehr «etwas schwach auf der Brust», und wie wichtig solche Abwehrsysteme seien, zeige gerade der Krieg gegen die Ukraine. Jets zur Verteidigung hingegen «sind kein realistisches Szenario für die Schweiz».

Im Gespräch erinnert sie sich auch gern an ihre zehn Jahre im Zürcher Kantonsrat und an die Zeit, als sie Mitglied der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt KEVU war. Als Nationalrätin wäre sie gern Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK geworden, was aber nicht klappte: «Das Leben ist kein Wunschkonzert,



die Politik auch nicht, also mache ich das Beste aus meinem Engagement in der Sicherheitspolitischen Kommission.» In der Politik gebe es zum Glück keine langweiligen Themen: «Sobald man sich in die Details vertieft, ist jede Kommission und jede Direktion interessant.» Dass die Umstellung auf erneuerbare Energien bis 2040 erfolgen sollte und neue AKW «definitiv keine Option» sind, steht für sie fest. Es brauche auch keine neuen Technologien: «Alles ist erfunden. Wir müssen es nur endlich machen. Das nützt erst noch unserer Wirtschaft und schafft neue Arbeitsplätze.»

«SP-Themen beschäftigen alle»

Glaut man der ersten Wahlumfrage, ist der Fall klar, die GLP gewinnt, die SP verliert. Priska Seiler Graf lässt sich dadurch weder als Regierungsratskandidatin noch als Co-Präsidentin der SP Kanton Zürich aus der Ruhe bringen: «Die einzige Umfrage, die zählt, ist jene vom 12. Februar.» Die SP-Mitglieder hätten noch kaum je so enthusiastisch Wahlkampf gemacht wie dieses Mal, und die SP-Themen deckten sich mit dem, was die Menschen zurzeit am meisten beschäftigen: «Der knappe und teure Wohnraum ist längst zum brennenden Thema in der Agglo geworden, und die Energiepreise, der Kaufkraftverlust und die Krankenkassenprämien machen den Menschen zu schaffen.» Auch der akute LehrerInnenmangel verlange dringend nach Lösungen, fügt die ausgebildete Sek-Lehrerin an: «Die LehrerInnen müssen entlastet werden, und sie brauchen einen neuen Berufsauftrag.» Statt Steuern zu senken, gelte es dafür zu sorgen, dass der Staat eine gute Grundversorgung bietet. Wie soll das gehen in einer Regierung mit bürgerlicher Mehrheit? «In jeder Exekutive gibt es bisweilen harte Diskussionen. Ich bin kompromissbereit – aber ich halte nichts davon, schon mit dem Kompromiss zu beginnen», sagt Priska Seiler Graf. Sie weiss, was sie kann und will. Ob das reicht, wissen wir am 12. Februar.

REGIERUNGSRATSWAHLEN 2023

Mit dieser Porträtreihe stellen wir bis Anfang Februar die bisherigen und die neuantretenden RegierungsratskandidatInnen vor: diese Woche Priska Seiler Graf (SP, neu).

Es fehlt der Zunder

Die Kantonsratsdebatte über die IT-Entsorgungsaktion in der Justizdirektion brachte am Montag viele Anschuldigungen an die Adresse von Regierungsrätin Jacqueline Fehr, kaum neue Fakten und keine wirklich einleuchtenden Gründe für eine PUK (Parlamentarische Untersuchungskommission) anstelle der ordentlichen Prüfung durch die Geschäftsprüfungskommission. Eine PUK bleibt aber eine Möglichkeit.

Koni Loepfe

Der rhetorische Aufwand einiger bürgerlicher RednerInnen gegen Jacqueline Fehr und die Zustände in der Justizdirektion war gross, der Neuigkeitswert ihrer Voten, der rhetorische Glanz hingegen eher gering. Die schärfsten Wortmeldungen kamen nicht von der SVP, die auf den im Ausstand stehenden Valentin Landmann verzichten musste, sondern vom Freisinnigen Yiea Wey Te («Bananenrepublik»), Jean-Philippe Pinto (Mitte) und der Grünliberalen Andrea Gisler, die von einem nicht erwarteten Daten-skandal im Drogenmilieu sprach, verursacht durch unkompetente MitarbeiterInnen und dem Willen zur Vertuschung. Gegen den Vorwurf des «Unter-den Teppich-Wischens» der ganzen Angelegenheit wehrte sich Jacqueline Fehr energisch und nachvollziehbar. Sie schilderte ihre Sicht in vier Punkten. Eine Sicht, die punkto Fakten im Prinzip unbestritten blieb, wenn auch nicht in der Bewertung ihres Handelns, respektive teilweise ihres Nichthandelns.

Summarisch zusammengefasst: Bis 2010 (bisher ging man von bis 2013 aus) entsorgte eine Kleinfirma alte Computer der Justizdirektion. Dabei wurden die verschlüsselten Daten von dieser nicht wie vorgesehen gelöscht, sondern gelangten ins Zürcher Rotlicht- und Drogenmilieu. Der Besitzer der Kleinfirma war der Bruder des Neugasshofs, im Oktober dieses Jahres zu vier Jahren Gefängnis wegen Drogenhandels verurteilt.

Zu welchen Informationen Personen aus dem Milieu dadurch kamen und ob und wie sie sie verwendeten, klärt seit 2020 die Staatsanwaltschaft ab. Jacqueline Fehr, seit 2015 Justizministerin, erfuhr vom Datenleck im November 2020. Sie gab rasch eine externe administrative Untersuchung in Auftrag, deren Resultate sie unter Verschluss hielt. Sie und die Staatsanwaltschaft kamen zum Schluss, dass eine Veröffentlichung die Aufklärung erschweren würde, die mit dem Diebstahl der Daten und ihrer möglichen Verwendung zur Erpressung und anderer Delikte begangen oder noch vorgesehen sind. Diese Einschätzung würde sie, wie sie an der Presseorientierung vom 6. Dezember andeutete, vermutlich anders treffen, wenn sie es nochmals könnte. Auch wenn viele, wie sie am Montag ausführte, die kriminelle Energie der Personen

im möglichen Besitz der Daten unterschätzten. Aus heutiger Sicht – das ist von mir – war der damalige Entscheid der Geheimhaltung mit grosser Wahrscheinlichkeit falsch, auch weil sie nicht gelang; unter anderem, weil Personen wie SVP-Kantonsrat und Anwalt Valentin Landmann seit Jahren fast sicher Bescheid wussten und die Möglichkeit hatten, den Zeitpunkt der Veröffentlichung via Medien zu bestimmen. Ob sie es aus Gründen des Wahlkampfes taten, wie der SP-Sprecher Davide Loss ihnen vorwarf, oder ob die Verurteilung seines Mandanten im Oktober der Grund zum Anstoss der Preisgabe seines Wissens war, bleibt vorläufig das Geheimnis von Valentin Landmann. Es könnte ihn, wie AL-Kantonsrat und ebenfalls Anwalt Markus Bischoff andeutete, in die Schwierigkeit führen, dass er seine Interessen als Kantonsrat und Anwalt vermischte.

Der Entscheid, die Ergebnisse der administrativen Untersuchung vorläufig unter Verschluss zu halten, führte dazu, dass Jacqueline Fehr die GPK und auch den Regierungsrat kaum informierte. Ihrem GPK-Referenten gab sie zwar den Auftrag zur Untersuchung bekannt, aber er gab sein Wissen offensichtlich gar nicht oder unzureichend der GPK weiter und fragte auch nie nach dem Ergebnis nach. GPK-Präsident Beat Habegger erklärte, es wäre die Pflicht von Jacqueline Fehr gewesen, die GPK zu orientieren. Sie gab ihm am Montag recht. Eine Weitergabe der Resultate an den Regierungsrat (sie erfolgte erst im Dezember 2022) wäre, wie mehrere RednerInnen betonten, insofern wünschenswert gewesen, als eine unsachgerechte Entsorgung auch in anderen Direktionen denkbar war. Nur, das sagte sie so natürlich nicht: Eine Orientierung des Regierungsrats gab vor allem Sinn, wenn die einzelnen RegierungsrätInnen anschliessend überprüften, wie es bei ihnen steht. Das können sie nicht selber, und somit wäre der Personenkreis der Wissenden immer grösser und damit die nötig erachtete Geheimhaltung immer gefährdeter geworden.

Aktenvernichtung

Viel zu reden gab auch eine Aktenvernichtung aus dem Jahre 2019. Ein angestellter IT-Experte aus der Privatwirtschaft und ganz offensichtlich glühender Anhänger des papierlosen Büros liess viele Akten schreddern. Ohne sie vorher zu digitalisieren. Da-

runter mit grosser Wahrscheinlichkeit auch Akten, die über die Vergabe der kritischen Entsorgung hätten Auskunft geben können. Es gebe, so Jacqueline Fehr, nicht einmal einen Anfangsverdacht, dass mit dieser Aktenvernichtung eine Vertuschung der schlechten Entsorgung beabsichtigt worden war. Der Betreffende hat einfach «aufgeräumt», vermutlich wusste er nicht einmal genau was. Das ist zwar «unverzeihlich» und auch blöd, aber keine Straftat. Als letzter Punkt zeigte die administrative Untersuchung, dass aktuell die Daten zertifiziert entsorgt werden und kein akuter Handlungsbedarf besteht.

Thomas Forrer (Grüne) legte Wert darauf, dass die GPK sich mit ihrer Passivität auch nicht gerade Lorbeeren holte. Martin Hübscher und Domenik Ledergerber (beide SVP) monierten, dass für die Strafuntersuchung nicht eine ausserkantonale Staatsanwaltschaft beauftragt wurde, da ja die eigene befangen sein könnte. Das kann man so sehen, muss man aber nicht und sah der Regierungsrat auch nicht so. Es gehört zu den Berufserfordernissen, dass ein Staatsanwalt Gegenwind aushalten kann, und bisher gibt es keine Anzeichen, dass dies nicht der Fall wäre.

Der zweistündigen Debatte, an der sich die linke Ratsseite zurückhaltend beteiligte, fehlte der Pfuf. Das liegt auch daran, dass, wie es Manuel Sahli (AL) ausführte, im Gegensatz zum letzten Skandal bei der Pensionskasse vor zehn Jahren keine Korruption im Spiel ist. Um es deutsch und deutlich zu sagen: Punkto IT-Entsorgung wurde in der Justizdirektion ziemlich viel Mist produziert, aber es besteht bisher kein Hinweis, dass irgendein Angestellter oder eine Juristin sich dafür bezahlen liess. Es fehlen auch die Opfer: Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen waren die gestohlenen Daten entweder wenig wert oder die Diebe und ihre Hehler konnten damit wenig anfangen.

Aus den Voten der RednerInnen der SVP, GLP, FDP und Mitte ist eine PUK möglich. Die Drohung (was eigentlich keine ist) wird zumindest bis zu den Wahlen aufrecht erhalten. In meinen Augen schadet der Kantonsrat damit am ehesten seiner Geschäftsprüfungskommission. Sie ist am Ermitteln, was es noch zu ermitteln gibt, und solange sie sich der Sache gewachsen fühlt, sehe ich keinen Grund, ihr das Misstrauen auszusprechen.

Hier Ablehnung, dort diskussionsloses Ja

Der Zürcher Gemeinderat hat den Bericht zum Bundesasylzentrum ablehnend zur Kenntnis genommen.

Nicole Soland

An der ersten Sitzung des Zürcher Gemeinderats in diesem Jahr hatte das Parlament eine Verordnung über die «Gewährleistung des städtischen Angebots im öffentlichen Verkehr infolge Strassenlärmansanierungen» zu erlassen. Hinter dem sperrigen Titel verbirgt sich ein Thema, das auch schon Gegenstand emotional geführter Debatten war: Es ging darum, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Stadt die Mehrkosten von Tempo 30 ausweisen und bezahlen kann, wie Kommissionssprecher Claudio Zihlmann (FDP) ausführte. Wegen der Einführung von Tempo-30-Zonen zwecks Lärmschutz kann es passieren, dass Busse der VBZ für eine bestimmte Strecke ein paar Minuten länger brauchen und deshalb zusätzliche Fahrzeuge samt Personal nötig werden, um den Fahrplan einhalten zu können. Die dadurch entstehenden Kosten müsste aus Sicht des Stadtrats der Zürcher Verkehrsverbund ZVV übernehmen. Doch wenn der ZVV nicht zahlen wolle, müsse die Stadt die zusätzlich benötigten Ressourcen bestellen und bezahlen können, und dafür brauche es die vorliegende Verordnung, sagte Claudio Zihlmann. Weil sich der ZVV geweigert hatte, Mehrkosten beim Tram 13 und dem Bus 46 zu übernehmen beziehungsweise das nötige Geld durch die Stilllegung des Busses Nummer 38 hereinholen wollte, läuft zurzeit ein Rechtsverfahren (zu den Debatten über Bus 38 und Co. siehe P.S. vom 19. März 2021 und vom 16. April 2021). Die Verordnung soll bis zur vollständigen Übernahme der Kosten durch den ZVV in Kraft bleiben. Wer nach der Vorstellung der Vorlage durch den Kommissionssprecher erneut eine saftige Debatte erwartet hatte, wurde enttäuscht: Das Wort aus dem Rat wurde nicht mehr verlangt, der einstimmigen Zustimmung der Kommission stellte sich niemand entgegen, womit die Vorlage zuhanden der Redaktionskommission verabschiedet war. Doch keine Angst: Andreas Egli (FDP) stellte am Rande der Sitzung gegenüber dem P.S. klar, hier sei es um eine rein technische Vorlage gegangen, oder anders gesagt: Wenn es im Rat wieder mal inhaltlich um Tempo 30 gehe, werde man sich auch wieder fetzen wie eh und je...

Linke Ratsseite «enttäuscht»

Viel geredet wurde auch zum nächsten «alten Bekannten»: Als der Gemeinderat den

Kredit für den Bau des Bundesasylzentrums (BAZ) auf dem Duttweiler-Areal sprach, gab er dem Stadtrat gleichzeitig den Auftrag, ihm zu den ersten zwei Betriebsjahren des BAZ Bericht zu erstatten. Dieser Bericht lag dem Rat nun vor, wobei es inhaltlich nichts zu entscheiden gab, sondern darum ging, den Bericht zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Die linke Ratsseite hatte im letzten Sommer bereits die Genehmigung des Geschäftsberichts der Asylorganisation Zürich (AOZ) abgelehnt (wobei damals nicht das BAZ im Zentrum der Kritik stand, sondern der Lilienberg, siehe P.S. vom 24. Juni 2022). Ja mehr noch: Mit einem dringlichen Postulat hatten Grüne und AL bereits im Herbst 2021 die Auflösung des BAZ verlangt. Stattdessen sollte der Stadtrat für die «menschwürdige Unterbringung von Asylsuchenden in der Stadt Zürich» sorgen (siehe P.S. vom 10. September 2021).

Auch der jetzt zur Debatte stehende Bericht kam auf der linken Ratsseite schlecht an: Monika Bättschmann (Grüne) erklärte, im BAZ werde einer menschenwürdigen Unterbringung und Betreuung nach wie vor zu wenig Beachtung geschenkt. Zudem sei der Bericht zu einer Zeit erstellt worden, als das BAZ, anders als heute, «nicht annähernd voll belegt» gewesen sei. Die Grünen nähmen ihn ablehnend zur Kenntnis. Rahel Habegger (SP) erklärte, im BAZ sei die Sicherheit und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen ebensowenig gewährleistet wie jene von LGBTQ-Geflüchteten. Der Bericht bleibe «zu oft beschreibend oder oberflächlich», die SP sei «enttäuscht» und nehme ihn ablehnend zur Kenntnis. Luca Maggi (Grüne) stimmte ihr zu, der Bericht sei «schwierig» und relativiere, ja er sei gar «fast das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist». Walter Angst (AL) beklagte «mangelnde Transparenz» und forderte, man müsse endlich «die Fakten auf den Tisch legen».

Bernhard im Oberdorf (SVP) hingegen sagte, Kritik am Bericht sei zwar durchaus angebracht. Doch «wenn wir den Bericht ablehnen, würden wir auch die Kritik ablehnen. Das wäre eine doppelte Negation, und dann wären wir ja wieder dafür». Ausgerechnet bei der SVP scheint man sich noch mit Dialektik auszukennen... Auf Zustimmung stiess der Bericht auch bei der Mitte-/EVP-Fraktion und der FDP. Stefan Urech (SVP) ärgerte sich dennoch darüber, dass niemand über die Zustände rund ums BAZ rede: Kinder müssten begleitet werden, weil sie

sonst auf dem Weg ins Schulhaus Pflingstweid von betrunkenen Asylsuchenden belästigt würden. Überall lägen Bierflaschen und weiterer Unrat herum, die Polizei müsse alle paar Tage dorthin ausrücken. So sehe die «Bereicherung fürs Quartier» aus, mit der die Linken anlässlich der Abstimmung über das BAZ geworben hätten. Weil Sozialvorsteher Raphael Golta krank war, sprang Simone Brander für ihn ein: Aus Sicht des Stadtrats sei der Auftrag des Gemeinderats erfüllt, sagte sie. Trotzdem nehme der Stadtrat die Kritik am BAZ und an der AOZ ernst und kümmere sich um Verbesserungen. Mit 60:57 Stimmen nahm der Rat den Bericht ablehnend zur Kenntnis.

Von vier Vorstössen von Rot-Grün zu den rechtsextremen Angriffen auf das Tanzhaus Zürich (siehe P.S. vom 18. November 2022) behandelte der Rat schliesslich noch die ersten zwei: SP und Grüne forderten erstens eine ausführliche Untersuchung und zweitens «Öffentlichkeitsarbeit und regelmässige Sensibilisierung über die Gefahren und das Aufkommen von Rechtsextremismus». Mit einer Textänderung der GLP, die vorschlug, statt nur Rechtsextremismus auch «andere Formen von gewaltbereitem Extremismus» zu erwähnen, kam das erste nach ausführlicher Debatte mit 66:50 Stimmen durch und das zweite, unveränderte mit 67:49 Stimmen.

Reklame

GRÜNE
DAS ORIGINAL

GRÜN MACHT
VORWÄRTS

AM 12. FEBRUAR IN DEN KANTONS RAT

MARTIN NEUKOM WIEDER IN DEN REGIERUNGSRAT

**FORUM
2023**

2023, bereit für Frieden in Russland, der Ukraine, der Welt: Auf das neue Jahr und Frieden anstossen, mit diesem Gedanken stieg ich am Neujahrstagmorgen in den Keller und fand dort einen Krimsekt. Der schien meiner Frau und mir symbolisch richtig, um auf Frieden im neuen Jahr 2023, für Russland, die Ukraine, den Weltfrieden anzustossen. Da die Schweiz ab 1. Januar Mitglied im Uno-Sicherheitsrat ist, ist es unsere Hoffnung, die Schweiz könne noch aktiver als bisher beitragen, Frieden zu schaffen und zu sichern, denn nichts sehnlicher wie Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit wünschen sich die Menschen auf der Welt!

Elisabeth und Klaus Güntensperger, Zürich

Stellungnahme

Ich werde alle Drei in den Regierungsrat wählen: Jacqueline Fehr, Priska Seiler Graf und Mario Fehr. Sofern wir alle Drei durchbringen würden, wä-

re dies ein riesiger Fortschritt für die soziale wie öffentliche Sicherheit.

Auch Mario Fehr gehört auf jeden sozialdemokratisch ausgefüllten Wahlzettel. Er war mein Sitznachbar im Kantonsrat. Er hat sich bereits damals für die öffentliche Sicherheit eingesetzt. Er hat durchgebracht, dass trotz des Budgetkürzungswahns der Bürgerlichen noch eine Klasse der Polizeischule geführt werden konnte. Er hat mich in Sachen Opferhilfe unterstützt. Aus gesundheitlichen Gründen bin ich landauf, landab zu allen Zeiten zu Fuss unterwegs. Öffentliche Sicherheit ist mir wichtig. Sie ist die Voraussetzung, dass alle Menschen in Freiheit und Frieden leben können. Mario Fehr ist aufgrund seines Leistungsausweises als Regierungsrat ein Garant dafür.

Liliane Waldner, Zürich

IN KÜRZE
Kantonsrat 1

Neben dem Datenleck (siehe dazu Seite 4) fand die Mehrheit des Kantonsrats (alle ausser SP und Grü-

nen) bei der Mitbestimmung der Stimmberechtigten (und nicht des Volkes, von dem sie immer wieder reden) bei der Entschädigung der KantonsrätInnen nach langen Verhandlungen einen Kompromiss. 2020 sagte die Mehrheit des Kantonsrats (ohne die SVP, aber mit der heimlichen Zustimmung vieler aus ihrer Fraktion) endlich Ja zu einer etwas angemesseneren Entschädigung ihrer Arbeit. Im Durchschnitt erhält ein Mitglied des Kantonsrats inklusive Spesen nun gut 3000 Franken pro Monat, was für eine Beschäftigung, die einem 50-Prozent-Pensum nahe kommt, anständig, aber keineswegs fürstlich ist.

Der Kantonsrat hatte zwei Jahre zuvor sein eigenes Reglement generell revidiert, und dabei war nicht einmal der SVP aufgefallen, dass die Entschädigung nur noch per Verordnung geregelt wird und somit dagegen kein Referendum mehr möglich ist. Die SVP unternahm alles, um diesen aus ihrer Sicht fundamentalen Irrtum zu korrigieren, und reichte durch Stefan Schmid eine Parlamentarische Initiative ein mit der klaren Absicht, das fakultative Referendum bereits auf die laufende Entschädigungsänderung anzuwenden. Dabei stiess sie bei den anderen Parteien und Hans-Peter Amrein bei den Gerichten auf Granit.

Nun fand man einen Kompromiss, der so geht: Die neue Entschädigung bleibt in Kraft. Will der Kantonsrat die Entschädigung revidieren (abgesehen vom Teuerungsausgleich), darf er das nur über eine Änderung des Gesetzes machen. Faktisch kommt dies einem «rostigen Paragraphen» sehr nahe, wie Thomas Forrer (Grüne) erläuterte.

Weil so das jetzige Parlament seinem Nachfolger in etwa 20 Jahren vorschreiben will, was es dann zu tun habe. Und dieses dann doch beschliessen kann, was es will. Die abtretende FDP-Fraktionspräsidentin Beatrix Frey gestand, der Kompromiss sei ziemlich symbolisch, Benno Scherrer fand ihn für die Geschäftsleitung eine pragmatische Lösung zu einer langen Pendenz, während Markus Schaaf (EVP) gegen den faulen Kompromiss zusammen mit Qëndresa Hoxha-Sadriu (SP) leicht wettete und Markus Bischoff (AL) die Möglichkeit des Referendums demokratiepolitisch sinnvoll fand, aber die jetzige Regelung nicht mehr infrage stellen wollte.

Der Rat beschäftigte sich in zwei weiteren Traktanden mit sich selbst. Bei Enthaltung der meisten aus der SVP lehnte er eine Motion von Hanspeter Amrein zur sofortigen Rückkehr ins Rathaus ab und wird somit ab dem 20. Februar in der Bullingerkirche tagen. Eine Reduktion der Anzahl KantonsrätInnen (Motion oder Postulat Martin Hübscher, was von beidem wusste er nicht genau) lehnte der Rat gegen die Stimmen der SVP ab. Warum der Rat mit 150 statt mit 180 Mitgliedern effizienter sein sollte, konnte er nicht wirklich erklären. Der Zürcher Gemeinderat mit 125 Mitgliedern ist dies jedenfalls nicht. kl.

Kantonsrat 2

Mit der Motion von Andreas Daurü (SP) als Erstunterzeichner beschäftigte sich der Kantonsrat zum Schluss auch noch mit einem Sachgeschäft und nicht mit sich selber. Der Motionär hatte zusammen mit den Grünen, der EVP

und der AL verlangt, ein Gesetz zu schaffen, das der Sozialhilfe präventive Massnahmen vorausschickt. Wobei dafür nach Möglichkeit regionale Organisationen zu schaffen wären.

Regierungsrat Mario Fehr und die Bürgerlichen inklusive GLP wehrten sich dagegen mit dem Argument, das bestehende Sozialhilfegesetz erlaube dies bereits. Was, wenn man die Prävention eben wirklich ernst nimmt, nur bedingt zutrifft. Es ist möglich, wie dies die Stadt Zürich beschlossen hat, vielen einen Beitrag zu überweisen, um die anfallenden Energiekosten aufzufangen und so nicht zur Sozialhilfe gehen zu müssen. Aber das generelle Problem, dass die Sozialhilfe oft zu spät und dann für alle teurer zu stehen kommt, wird damit kaum angegangen. Ein zentraler Punkt der Sozialhilfe besteht darin, dass man mit der Obergrenze der Sozialhilfe leben muss. Verdient man etwas mehr, erhält man weniger Sozialhilfe. Es ist darum recht schwer, jemandem via Sozialhilfe einen Vorschuss zu gewähren, wenn er oder die Sozialarbeiterin sieht, dass dies den Bezug von Sozialhilfe verhindern könnte.

Die Sozialhilfe ist nicht so grossartig, wie sie Regierungsrat Mario Fehr schilderte, und die Gemeinden wenden die Gesetze auch nicht immer mit so viel Verstand an, wie er im Kantonsrat ausführte. Oft kommt sie wirklich zu spät oder die Betroffenen zur Sozialhilfe und damit wird es auch teurer als nötig. Möglich ist, dass die MotionärInnen das Pferd etwas am Schwanz aufzogen. Es braucht vermutlich nicht in erster Linie ein neues Gesetz, sondern neue Projekte, um die Prävention in der Sozialhilfe zu fördern. kl.

Reklame

**Mario Fehr bleibt
Mario Fehr.**


**Unser Regierungsrat
für Sicherheit,
Soziales und Sport.**

Überparteiliches Komitee Mario Fehr wieder
in den Regierungsrat, Im Walder 33, 8702 Zollikon
www.mariofehr.ch

In eigener Sache

Im letzten Newsletter vor den Weihnachtsferien hat Simon Muster angekündigt, dass er P.S. verlässt. Er wird künftig als Redaktor für die «Schaffhauser AZ», für die er jetzt schon in einem kleinen Pensum tätig war, arbeiten. Simon hat für P.S. zum einen eine Reihe von Neuerungen und Ideen eingebracht, wie beispielsweise die LeserInnenumfrage, die wir vor mehr als einem Jahr durchgeführt haben. Als Journalist schrieb er über ganz verschiedene Themen von Tierfriedhöfen bis zu einer Bahnhofsserie. Er hat aber auch mit seinen Recherchen wie beispielsweise zum Thinktank Avenir Suisse oder zu den Polizisten in Motorrad-Clubs auch einige Artikel beigetragen, die viel Echo ausgelöst haben. Wir bedauern sehr, dass Simon uns verlässt, sind aber gespannt darauf, welche Geschichten wir von ihm in der «Schaffhauser AZ» lesen werden. Ebenfalls verabschiedet hat sich unsere Praktikantin Anahî Frank, die vom August bis Ende Dezember beim P.S.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung
 Auflage: 2450 Ex.
 Herausgeber: P.S. Verlag,
 Hohlstrasse 216, 8004 Zürich.
 Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos:
 Anna Hug, Iris Wehrli,
 Tel. 044/241 07 60.

anzeigen@pszeitung.ch,
 aboservice@pszeitung.ch,
 redaktion@pszeitung.ch,
 www.pszeitung.ch,
 PC-Konto: 87-569389-2
 Erscheint seit Februar 1999
 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.- (GönnerInnen: ab 300.-), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abos: 33.-
 www.loopzeitung.ch

ein Praktikum absolvierte. Anahî interessierte sich für verschiedene Themen von urbanen Gärtnern bis zur psychischen Gesundheit von Jugendlichen oder für die Situation von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Wir wünschen Anahî für ihre weitere Zukunft alles Gute. Als Redaktorin der Zürcher Studierendenzeitung wird sie auch weiterhin journalistisch tätig sein.

Neben Abgängen gibt es aber auch Zugänge zu vermelden. Schon seit August verstärkt Sergio Scagliola uns in den Bereichen Marketing und Fundraising, gleichzeitig ist er auch immer wieder journalistisch für uns tätig. Für uns eine absolute Win-Win-Situation, wie es heute so schön heisst. In der Administration teilen sich neu Anna Hug und Iris Wehrli die Aufgaben. Iris war bereits schon während des Mutterschaftsurlaubs von Anna Hug für P.S. tätig und freut sich, wieder bei uns zu arbeiten – und über Nicole Solands Brotrezepte. Es wird in diesem Jahr noch weitere Neuerungen geben im P.S. Aber dazu später mehr ... mlm.

Ständerat

Auch die Mitte hat beschlossen, eine Ständeratskandidatur ins Rennen zu schicken. Nationalrat und Wädenswiler Stadtpräsident Philipp Kutter will für die Mitte ins Stöckli. Er empfiehlt sich als «erfahrener Brückenbauer». Dies brauche das Land in den aktuellen Krisen dringend. Kutter ist seit 2018 im Nationalrat, er konnte für Barbara Schmid-Federer nachrücken und ist in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen. Seine Chancen als Ständerat sind eher gering, die Kandidatur dient im Wesentlichen dazu, ihm den Sitz im Nationalrat zu wahren und für die Mitte als Wahllokomotive zu fungieren. mlm.

MEDIEN & GESELLSCHAFT

Kein (gemeinsamer) Ort, nirgends?

Nach dem Kriegs-Krisen-Jahr 2022 wird in der Schweiz ein für Linksgrün katastrophales Wahljahr prophezeit. Und die Zeichen scheinen generell nicht günstig. Etwa der Neue im UVEK ... K wie Kommunikation! Das wird neben dem Entsetzen, dass nun ein Auto- und AKW-Förderer sowie Klimaschutz-Bremser unser Umweltminister ist, leicht vergessen. Er dürfte auch medienpolitisch Weichen stellen wollen.

«200 Franken sind genug!», lautet der Slogan einer SVP-Initiative, für die Albert Rösti mit verantwortlich ist. Die plumpe Kampagne läuft genau zur richtigen Zeit. Warum nicht 130 Franken sparen? Wird sich zum Beispiel das vom Abbau einst bemerkenswerter SRG-Leistungen enttäuschte Kulturpublikum noch einmal gegen den Totalausverkauf wehren? Trotz dem heute beim Radio kläglichen Restangebot, aus Prinzip? Damit hat der gmögig-volkstümelnde Departementsvorsteher lang vor dem Abstimmungskampf ein Druckmittel in der Hand. Und die Eidgenössische Medienkommission spielte ihm prompt den Ball zu. Das derzeitige Medienförderungssystem habe ausgedient, bilanziert ihr frisch publiziertes Positionspapier. Begründung des Professors, der es diese Woche präsentierte: «Menschen nutzen heute nicht mehr nur Printzeitungen, Radio und Fernsehen. Sie informieren sich vor allem im Internet.» Warum also günstige Tarife für Zeitschriften und Zeitungen? Da kann der Staat sparen. Für die Post zuständig ist ebenfalls Rösti.

Schon die sogenannte Rundfunkversuchsordnung von 1982 trug eine SVP-Handschrift. Bundesrat Leon Schlumpf leitete mit ihr das Ende der einstigen Konsens-Formel ein, dass private Verlage durch gedruckte Medien die Meinungsvielfalt sichern, die audiovisuellen mit öffentlich-rechtlichen Trägerschaften das ganze Spektrum spiegeln sollten. Aussen- und Binnen-

pluralismus waren dafür gängige Fachbegriffe. Bei der Verteidigung dieser Ordnung betonten wir, dass es für die Demokratie kaum gut wäre, wenn quasi jede und jeder einen eigenen Sender hätte. Sinnvoll seien qualitativ gute, vielseitige Radio- und Fernsehprogramme für alle. Ja, im Rahmen der SRG-Trägerschaft wurde gar ein Fenster-Modell entwickelt, das weitere Bevölkerungsgruppen einbeziehen wollte.

Dass der damalige Versuch definitiv kommerzielle Konkurrenz für die SRG bringen und diese schwächen würde, war klar. Heute präsentiert sich die Lage viel desolater. Debatten und Meinungsbildung auf der Basis allgemeiner Information werden durch die nun digital vervielfachte Aufsplitterung erschwert. Jugendliche klicken sich kaum noch ins klassische Mediensystem ein. Viele fühlen sich von der Newsflut und von den oft unklaren Quellen überfordert. Ein ideales Feld für populistische oder gezielt lügende Kampagnen. Nun mit weniger Gebühren sabotieren, was bei allen zugänglichen Sendern an journalistischer Qualität verblieben ist?

«Das Argument», ein heute vielleicht schon vom Titel her veraltetes Medium, leuchtet im jüngsten Heft neuere Formen des von Jürgen Habermas über Jahrzehnte analysierten «Strukturwandels der Öffentlichkeit» aus. In einem der Texte stiess ich auf das Selfie als passendes Symbol: Wo bleibt denn in der digitalisierten, profitgetriebenen

Selfie-Gesellschaft der gemeinsame Ort für zuverlässige Orientierung, offene Diskussion, die Basis für gerechtes Handeln, für demokratische Entscheide über entsprechendes Handeln? Oder wie die Zeitschrift in ihrer 339. Ausgabe fragt: «Vernünftige Freiheit im Online-Kapitalismus?»

Hans Steiger

Mehr zum Thema auf den Seiten 18 und 19

In grosser Trauer nehmen wir Abschied von unserer Genossin und Alt-Gemeinderätin

MAYA BURRI-WENGER

14. Januar 1946 bis 23. Dezember 2022

Maya Burri-Wenger vertrat die SP von 1990 bis 2006 im Gemeinderat der Stadt Zürich. Als Stimme für «ihr» Schwammendingen machte sie sich stadtweit einen Namen. Sie hörte den Menschen in ihrem Quartier zu und machte sich für ihre Anliegen stark. Wir verlieren mit ihr eine engagierte Parteigenossin. Wir sind Maya Burri-Wenger für ihr langjähriges und vielfältiges Engagement sehr dankbar. Ihrer Familie sprechen wir unser tief empfundenes Beileid aus.

Sozialdemokratische Fraktion
des Gemeinderates Zürich

Sozialdemokratische Partei
der Stadt Zürich

Sozialdemokratische Partei
Kreis 12



Zur Kantonsratswahl: IST DIE BISHERIGE ENERGIE- UND KLIMA- POLITIK GESCHEITERT?

Referat Nicola Siegrist
und offene Diskussion

Do, 19. Januar 19.00

Aula, Institut Unterstrass

Seminarstrasse 29
8057 Zürich

Freier Eintritt &
Apéro

Mehr Infos unter:
www.sp10.ch



OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch

Fr 13. Jan, 19.00, Opernhaus

Salome

Oper von Richard Strauss

Sa 14. Jan, 19.00, Opernhaus. *Premiere*

On the Move

Choreografien von Christian Spuck,
Louis Stiens und Hans van Manen

So 15. Jan, 11.15, Spiegelsaal Opernhaus

Trionsonaten

Brunch- / Lunchkonzert

14.00, Opernhaus

La traviata

Oper von Giuseppe Verdi

20.00, Opernhaus

On the Move

Choreografien von Christian Spuck,
Louis Stiens und Hans van Manen

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 258 77 77, schauspielhaus.ch

Fr 13. Jan, 20.00, Pfauen. **Sonne, los jetzt!**
von Elfriede Jelinek

Sa 14. Jan, 16.00, Pfauen. **Pinocchio** nach

Carlo Collodi. 19.00, Schiffbau-Box

My Heart Is Full of Na-Na-Na von Lucien

Haug. 21.30, Schiffbau-Matchbox

Offene Bühne

So 15. Jan, 16.00, Pfauen. **Pinocchio** nach

Carlo Collodi. 18.00, Pfauen-Kammer

Performers Rule: SO!

BERNHARD THEATER

044 268 66 99, bernhard-theater.ch

Fr 13. Jan - So 12. Feb, 20.00 / So 18.00

Vollkoffer Komödie mit Erich Vock u.a.

Sa 14. Jan - So 12. Feb, Mi/Sa/So. **Die kleine**

Hexe Kinderstück nach Otfried Preussler

THEATER AM HECHTPLATZ

044 415 15 15, theaterhechtplatz.ch

Di 17. Jan - So 26. Feb, Di - Sa 19.30 /

So 18.00. **Vier werden Eltern**

THEATER WINTERTHUR

052 267 66 80, theater.winterthur.ch

Do 19. bis Sa 21. Jan, 19.30/So 22. Jan, 14.30

Marie-Antoinette. Handlungsballett mit

Orchester, aus dem Malandain Ballett Bi-

arritz mit dem Musikkollegium Winterthur



KINDERTHEATER METZENTHIN

0900 441 441 (CHF 1.-/Min), www.ticketino.com

Sa 14. - So 29. Jan, Sa / So 15.00 (So 15. &

So 22. Jan auch um 10.30), Aula Rämibühl

Der gestiefelte Kater, 110 Kinder spielen

für Kinder ab 4 Jahren

ZÜRCHER KAMMEROPER

078 791 0510, www.zuercher-kammeroper.ch

Fr 13. Jan, 19.00 & So 15. Jan, 15.00

Gemeindsaal Zollikon

Rossini: L'equivoco stravagante Opera buffa

KONZERT

NEUE KONZERTREIHE ZÜRICH

Tonhalle-Billettkasse Tel. 044 206 34 34, hochull-konzert.ch

Di 24. Jan, 19.30, Tonhalle

Lucienne Renaudin Vary - Trompetissima

Zürcher Kammerorchester

C.P.E. Bach, Neruda, Mozart, Haydn,

Marcello - «La fée de la trompette...»



MÄNNERCHOR ZÜRICH

Tickets: 044 206 34 34, maennerchor.ch

So 29. Jan, 17.00, Tonhalle Zürich

Luigi Cherubini, Requiem in d-Moll

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

Fr 13. Jan, 19.30, TZ

Omer Meir Wellber Leitung

Daniel Giobanu Klavier

Eli Danker Sprecher

Prokofjew

So 15. Jan, 11.00, GZ Oerlikon

Kammermusik für Kinder Perkussion

So 15. Jan, 11.15, TZ

Literatur und Musik «Moby Dick»

Birgit Minichmayr, Lesung; Andreas

Janke, Violine; Benjamin Nyffenegger,

Violoncello; Pier Damiano Peretti,

Orgel; Elisabeth Bronfen, Einführung

Ropartz, Rachmaninow, Franck,

Herman Melville



Die Wochendosis Lokalinformation.
pszeitung.ch/abo

Nach 15 Runden OK?



Fünfzehn Wahlgänge brauchte Kevin McCarthy, bis er endlich gewählt wurde zum Speaker des Repräsentantenhauses. Seit Jahren sein erklärtes Ziel. Das Drama hatte sich abgezeichnet, nachdem

die Republikaner nur eine knappe Mehrheit in den Zwischenwahlen gewinnen konnten. Es war damit klar, dass McCarthy praktisch jede Stimme brauchte, um gewählt zu werden. Keine einfache Ausgangslage: Denn dies gab allen potenziellen Gegnern eine ziemlich grosse Verhandlungsmacht. Ganze elf Runden lang stimmten 20 Kongressabgeordnete gegen ihn. Bei der 12. Runde und einigen gewichtigen Konzessionen konnte er 14 zusätzliche Stimmen gewinnen. Doch das reichte immer noch nicht. Erst drei Wahlrunden und eine Fast-Schlägerei im Saal später schaffte er es doch noch.

Die Gründe seiner GegnerInnen waren unterschiedlich: Die einen mochten ihn nicht, weil er ihnen vielleicht mal in der Vergangenheit etwas zuleide tat. Für die anderen ging es um prozedurale, inhaltliche oder persönliche Forderungen. Und ein Teil mochte einfach die Aufmerksamkeit. Ihnen ist die langwierige Legislativarbeit zu langweilig und zu langsam. Über die sozialen Medien und die rechte Mediasphäre der Trump-Welt kann man sich da als Hardcore-Rechter viel einfacher und schneller einen Namen machen. Dies beweisen die MAGA-Stars Lauren Boebert, Matt Gaetz oder Paul Gosar.

Auch wenn die 15 Wahlgänge ein historisches Ereignis sind, handelt es sich nicht um eine neue Entwicklung der Republikaner. 2014 gab es drei Männer, die bei den Republikanern neben dem damaligen Speaker John Boehner im Repräsentantenhaus den Ton angaben: Eric Cantor, Paul Ryan und Kevin McCarthy. Cantor galt als Kronprinz für den Speakerposten. Nur kam es nie soweit: Eric Cantor verlor bereits intern in den Primaries gegen einen Herausforderer aus dem Tea Party-Lager. Und John Boehner trat ein Jahr später als Speaker zurück. Der Rücktritt wurde durch ein Misstrauensvotum des rechten Freedom Caucus erzwungen. Dieser verhinderte dann auch, dass Kevin McCarthy

dessen Nachfolger wurde. McCarthy zog seine Kandidatur zurück, gewählt wurde Paul Ryan, der 2018 zurücktrat, weil er sich mit Präsident Trump nicht verstand.

Die Radikalisierung der Republikaner begann allerdings schon weit vor Trump und der Tea Party. Es gab in der amerikanischen Rechten immer wieder populistische Strömungen. Aber die parteiübergreifende Zusammenarbeit funktionierte lange. Legendär und häufig auch etwas verklärt war beispielsweise die Freundschaft zwischen Präsident Ronald Reagan und dem demokratischen Speaker Tip O'Neill. Das veränderte sich mit der Ära von Newt Gingrich.

1994 erreicht das Repräsentantenhaus zum ersten Mal seit 1952 eine republikanische Mehrheit. Gingrich wurde Speaker. Sein Motto: Lieber Konfrontation denn Kompromiss. Seit Beginn seiner Karriere setzte er auf Obstruktion und Angriff, jede Schwäche der Demokraten wurde gnadenlos ausgenutzt. 1995 und 1996 kam es zu einem Shutdown des Bundesstaates, weil sie sich nicht mit dem Präsidenten Bill Clinton auf ein Budget einigen konnten. Clinton war mit den Kürzungen, die die Republikaner wollten, nicht einverstanden. Gingrich drohte daraufhin, die Schuldenobergrenze nicht zu erhöhen. Dieses legislative Mittel gibt jeweils frei, wieviel die Regierung an Geld aufnehmen kann. Ohne diese Mittel können keine Ausgaben getätigt werden und die Kreditwürdigkeit der USA wäre massiv angeschlagen, was gravierende ökonomische Konsequenzen haben würde. Politisch zahlte sich dies für Gingrich nicht aus: Die Bevölkerung gab den Republikanern die Schuld für den Konflikt. Der Shutdown und die von den Republikanern geforderten Kürzungen bei den Renten und bei der Gesundheit waren höchst unpopulär, die Methode Gingrich blieb aber.

In den 1990er-Jahren änderte sich aber noch mehr. Die beiden konservativen New York Times-Kolumnisten Bret Stephens und David Brooks haben zu der Entwicklung verschiedene Theorien, die sich allerdings ergänzen. Stephens macht auf das Aufkommen des Kabelfernsehens aufmerksam: Damals begann der Politsender C-Span alle Parlamentsdebatten zu übertragen und Fox News wurde gegründet. Die politische Elite habe damals geglaubt, Fox News sei ein gutes Mit-

tel, um konservative Politik zu popularisieren. Es habe aber eher zu einem aufkommenden Populismus geführt, der sich auch gegen die Partieliten wandte. Und diese hätten sich aber auch in den kommenden Jahren durch den Irakkrieg und die Finanzkrise selber delegitimiert, ergänzt David Brooks. Zusammen mit der wachsenden Ungleichheit habe dies dazu geführt, dass sich ein zorniger Populismus gegen das eigene Establishment wandte. Und unter den Populisten auch einige mit Hang zu Nihilismus und Lust an der Zerstörung. «Ich bin ein Leninist», meinte Trump-Berater Steve Bannon später. Lenin wollte den Staat zerstören, das wolle er auch: «Ich will, dass alles zusammenbricht und das heutige Establishment zerstört wird.»

McCarthy musste einige Konzessionen eingehen, um die nötigen Stimmen zu erreichen. Darunter auch nachvollziehbare – wie zum Beispiel, dass die Abgeordneten mehr Zeit haben, eine Vorlage zu lesen, bevor sie zur Abstimmung gelangt. Bei anderen wird er vermutlich einen hohen Preis zahlen. Das Haus kehrt zurück zur Regelung, dass nur ein einziges Mitglied einen Misstrauensantrag gegen den Speaker stellen kann. Diese Regelung war jahrzehntelang unproblematisch, weil sie nie zur Anwendung kam. Bis zum Antrag, der dann zum Rücktritt von John Boehner führte. Aufgrund der knappen Mehrheiten muss jetzt Kevin McCarthy ständig fürchten, dass er wieder zur Wahl antreten muss. Zum zweiten ist klar, dass es wieder zu einem Budgetkonflikt kommen wird. Ein Teil der Rechtsausenrebellern wird versuchen, dass Land mit der Schuldengrenze in den Abgrund zu stürzen. Sollte McCarthy das dann doch nicht wollen, wäre er dann aber auf die Demokraten angewiesen. Jeder Deal könnte ihm aber wieder sein Amt kosten. Keine gemächlichen Aussichten.

Die Demokraten hingegen können sich erhoffen, dass sich die Republikaner einerseits selber lahmlegen und die WählerInnen den Republikanern die Schuld am Schlamassel geben. Und vielleicht irgendwann bei den Republikanern die Einsicht reift, dass destruktive Obstruktionspolitik nicht das einzige Ziel sein kann. Stephens und Brooks sind da aber nicht optimistisch: Die Partei werde sich entweder reformieren oder untergehen, aber der Prozess dauere noch Jahrzehnte.

Min Li Marti

Es ist möglich, etwas zu verändern



Das alte Jahr ist schon seit mehr als zwei Wochen passé. Rückblicke hat es genügend gegeben. Nur eine Zahl möchte ich nochmals aufnehmen: Die Jahresteuierung von drei Prozent. Es ist ein abstrakter Wert

und die Teuerung etwas, das uns seit 20 Jahren nicht mehr beschäftigt hat. Und doch sind die Auswirkungen ganz konkret. Es bedeutet nichts anderes, als dass das Leben teurer geworden ist. Oder anders formuliert, dass der eigene Lohn weniger wert geworden ist.

Eine Verkäuferin etwa, die in einem Modegeschäft an der Bahnhofstrasse arbeitet und damit nicht mal ganz 4000 Franken im Monat verdient, kann sich mittlerweile deutlich weniger leisten als noch vor einem Jahr. Denn um die Teuerung auszugleichen, hätte ihr Lohn um rund 120 Franken im Monat steigen müssen. Das ist aber nicht passiert!

Dafür sind mal wieder die Einkommen der oberen zehn Prozent gestiegen. Der SGB-Verteilungsbericht stellt deshalb auch wieder eine Öffnung der Einkommens- und Lohnschere fest.

Gleichzeitig haben auch nicht alle Berufstätigen mit mittleren und tiefen Einkommen

Reallohnverlusten zu verzeichnen. Manche ArbeitgeberInnen haben – oft auf erheblichen Druck der Gewerkschaften – die Löhne angepasst. Etwa im Bereich Luftfahrt, unter Androhung von Streiks und harten Verhandlungen, oder in der Uhrenindustrie. Die Gewerkschaft Kapers konnte bei den GAV-Verhandlungen mit der Swiss – für den am schlechtesten bezahlten Teil des Kabinenpersonals – bis zu 18 Prozent mehr Lohn herausholen. Aber insgesamt bleiben die Lohnerhöhungen der in der Schweiz Beschäftigten hinter der Teuerung zurück.

Wie so oft ist das Problem dort am grössten, wo der Schuh sowieso schon drückt. Reallohnverluste gibt es vor allem im Tieflohnbereich wie dem Detailhandel. In der der Stadt Zürich verdienen rund 17 000 Angestellte weniger als 23 Franken pro Stunde, also weniger als 4000 Franken im Monat. In Winterthur müssen mehr als 3500 Angestellte mit derart tiefen Löhnen auskommen. In beiden Städten sind zwei Drittel der Betroffenen Frauen!

Diese Statistik ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Problems, denn seit 2016 nimmt die Ungleichheit der Löhne zwischen den Geschlechtern wieder zu. Doch es bringt wenig, die Faust im Sack zu machen. Im neuen Jahr gibt es genug Möglichkeiten, sich zu engagieren und etwas zu verändern:

Schon in wenigen Wochen wird im Kanton Zürich gewählt. Überall haben sich auch GewerkschafterInnen aufstellen lassen. Und der Zürcher Gewerkschaftsbund unterstützt sie, weil sie sich in Parlament und Regierung für gute Löhne, für Gleichstellung und einen starken Service public einsetzen werden. Auf unserer Website gbkz.ch findet ihr die Liste dieser KandidatInnen.

Ausserdem mobilisieren die Gewerkschaften zum feministischen Streik am 14. Juni. Am Frauenstreik 2019 beteiligten sich schweizweit gut 500 000 Menschen an Demonstrationen und Aktionen und setzten damit das Thema Gleichstellung eindrucksvoll auf die politische Agenda. Mit der diesjährigen Mobilisierung soll an diesen Erfolg angeknüpft werden.

Und nur einige Tage später stimmen wir wahrscheinlich in Winterthur und Zürich über die «Ein Lohn zum Leben»-Initiativen ab. Bei einem Abstimmungserfolg könnten sie als erste Städte der Schweiz einen Mindestlohn einführen und damit ganz konkret für mehr Lohngleichheit sorgen.

Lorenz Keller,
Präsident Gewerkschaftsbund des
Kantons Zürich

Der GBKZ erhält von P.S. jeweils am ersten Freitag des Monats die Gelegenheit, in einer Kolumne gewerkschaftspolitische Themen aufzugreifen. Rückmeldungen erwünscht an info@gbkz.ch

CARTOON BY ROMAN PRELICZ



Zwei Welten



Donnerstag vor einer Woche im Zug von St. Gallen nach Winterthur: Ich kam nicht darum herum, einem Gespräch ein Abteil hinter mir zwischen einer Dame und einem Herrn zu lauschen. Hellhörig wurde ich spätestens zu dem Zeitpunkt, als der Mann im Pensionsalter über den aufgeblähten Staatsapparat schimpfte (es handelte sich um eine kantonale Verwaltung): «Der Kanton ist ja am Fachkräftemangel selber schuld; dadurch, dass er immer mehr Ingenieure im Bauamt für Projektplanung und Aufsichtstätigkeit einstellt, nimmt er ja gerade den Firmen die Fachkräfte weg, die er beaufsichtigt und wegen der mangelnden Qualität bei kantonalen Bauaufträgen kritisiert!» – «Ja, ja, so ist es», erwiderte die Dame vis-à-vis. Weiter ging es mit «...heute sind die Jungen ja nicht mehr bereit, etwas zu leisten, wer in die Führung wollte, musste früher hunderte Überstunden leisten, das war einfach selbstverständlich! Nun schreien alle nach dieser Work-Life-Balance.» Richtig mulmig wurde es mir dann bei der Aussage der Dame: «Früher war es eine Schande, eine IV zu beziehen, heute überbietet man sich mit allerlei Tricks, wie man endlich zu einer solchen Rente kommt!»

Szenewechsel – Podium zu den Kantonsratswahlen, organisiert von der Avivo, einem klar linken Verein zur Verteidigung der Rentnerinnen

und Rentner. Zusammen mit Kantonsratsvertreterinnen der Grünen, AL und einer Kandidatin der PDA diskutierte ich über gesellschaftspolitische Visionen. Wir kamen teilweise ganz schön unter die Räder, die RentnerInnen forderten uns auf, endlich mehr zu tun für einen Umbau der Gesellschaft und für die Abkehr vom herrschenden Wirtschaftssystem. Wir seien zu pragmatisch und hätten uns im Parlamentarismus eingerichtet. Es war eine höchst spannende und für mich lehrreiche Diskussion.

Wieder zu Hause dachte ich über die beiden Welten nach, die ich innerhalb von 24 Stunden zu hören bekam. Ein Wechselbad der Gefühle: Spaltet sich unsere Gesellschaft? Schaffen wir gemeinsam den Fortschritt? Können wir diese Wahlen gewinnen – den einen zu sozialistisch, den anderen zu brav und zu bequem? Ja, wir können und vor allem: Wir müssen! Denn wir ergreifen Partei – sowohl für die Gruppe Menschen, die mir im Zug begegnet ist, als auch für die Avivo-Mitglieder. Beide brauchen linke Lösungen im Alltag: Eine gesicherte AHV, eine bezahlbare Wohnung, ein sicheres Sozialsystem, genügend PflegerInnen bei Krankheit und im Alter, eine gesunde Luft zum Atmen. Es braucht eine Veränderung unserer Gesellschaft, es braucht eine ausbalancierte Wirtschaft, wir gehen das an – im Parlament, mit Initiativen, Referenden, gemeinsam mit den Menschen. Wir haben nun noch vier Wochen Zeit, der Bevölkerung im Kanton Zürich zu sagen, was wir bereits für sie erreicht haben und was wir noch mit ihnen zusammen erreichen wollen. Ich freue mich darauf und bin voller Hoffnung!

Andi Daurü, Co-Präsident
SP Kanton Zürich

Glück und Politik



Inspiziert durch einen Artikel in der Zeitschrift der Alternativen Bank («Moneta»), möchte ich die heutigen Grünen Gedanken dem Thema Glück und Politik widmen. Doch über welches Glück soll ich schreiben? Es gäbe das Wahlg Glück der gewählten PolitikerInnen oder bei Sitzgewinnen einer Partei. Oder doch lieber über das persönliche Glücksempfinden von PolitikerInnen oder AktivistInnen, wenn sie sich für das gefühlt Richtige einsetzen? Oder die Euphorie bei einem wichtigen Abstimmungskampf?

Ich entscheide mich für das Glücksgefühl der Bevölkerung, das durch die Politik mehr in den Fokus gerückt und gesteigert werden soll. Der Waadtländer Kantonsrat hat ein Postulat angenommen, das das Bruttoinlandsprodukt durch das «Waadtländer Bruttoglück» ersetzen möchte. Dadurch könnte die Messung des Glücksgefühls in der Verfassung verankert werden. Eine spannende gesellschaftliche Wende könnte da eingeläutet worden sein. Aktuell fokussieren wir uns stark auf das BIP. Das BIP misst jedoch lediglich die Summe aller Bruttowertschöpfung über einen bestimmten Zeitraum. Mit dem BIP können wir somit nur messen, wie viel unsere Volkswirtschaft wächst. Die Glücksforschung ist sich jedoch einig, dass Wirtschaftswachstum in hochentwickelten Ländern wie der Schweiz keinen Beitrag zur Steigerung des Wohlemp-

findens mehr leistet. Wollen wir das Glücksgefühl der Bevölkerung steigern, müssen wir den Fokus auf andere Dinge legen. Gemäss dem aktuellen Stand der Glücksforschung ist unter anderem bewiesen, dass wer sich viel draussen an der frischen Luft und in der Natur aufhält, glücklicher ist.

Folglich helfen die Reduktion von Schadstoffen in der Luft, mehr intakte Grünflächen oder Wälder sowie einladende öffentliche Räume, um das Glücksgefühl zu steigern. Zudem fühlen sich Arbeitsleistende unglücklich, wenn sie für die gleiche Arbeit nicht denselben Lohn erhalten. Sei dies nun, weil sie das falsche Geschlecht oder die falsche Herkunft haben. Sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz, zu Hause oder im öffentlichen Raum führen zu Traumata und massiver Einschränkung des Glücksgefühls. Erniedrigende Behandlung auf Sozialämtern oder in Asylzentren hinterlassen tiefe Wunden und Selbstzweifel. Wer knapp über die Runden kommt, weil trotz Arbeitsstelle das Geld einfach nicht ausreicht, leidet unter erhöhtem Stresslevel.

Es gibt somit eine Vielzahl von möglichen neuen Indikatoren wie beispielsweise Stresslevel, Biodiversität, Vertrauen, Vermögensverteilung, Anzahl Hitzetage, psychische Gesundheit, Gleichberechtigung, Luftverschmutzung, Anzahl Bäume, sexuelle Belästigung, usw.

Ich wünsche mir auf jeden Fall an der kommenden Kantonsratswahl etwas Wahlg Glück, damit ich mich dann im Kantonsrat für das Glücksgefühl unserer Bevölkerung stark machen kann.

Simon Meyer, Co-Präsident
Grüne Kanton Zürich

Schlachthofareal: Viel Platz für neue Nutzungen

Ab 2030 wird auf dem Schlachthofareal nicht mehr geschlachtet. Darüber, was stattdessen auf diesem grossen Areal mitten in der Stadt entstehen soll, diskutieren die Gemeinderäte Marcel Tobler (SP) und Flurin Capaul (FDP) im Gespräch mit Roxane Steiger.

Das Schlachthofareal wird seit mehr als hundert Jahren von der Fleischwirtschaft genutzt. Nun hat der Stadtrat im Rahmen einer Nutzungsstrategie beschlossen, dass die Mietverträge der drei Hauptnutzer nicht verlängert werden. Auf dem Schlachthofareal wird ab den 2030er-Jahren also nicht mehr geschlachtet. Wie bewerten Sie diesen Entscheid?

Flurin Capaul: Ich war schockiert und überrascht. Der Stadtrat schlachtet hiermit ein Teil des traditionellen Gewerbes der Stadt Zürich und gefährdet hunderte von Arbeitsplätzen. In einer roten Stadt wie Zürich ist ein solcher Entscheid für mich unverständlich. Nicht nur aus Sicht der Gewerbe- und Industriepolitik, sondern auch aus Sicht der Fleischwirtschaft, die man aus der Stadt verbannen möchte. Das hat einen starken ideologischen Beigeschmack.

Marcel Tobler: Ich freue mich über diesen Entscheid des Stadtrates. Er ermöglicht künftig eine andere Nutzung dieses Areals, was nötig ist. Die beiden Quartiere Hard und Altstetten wachsen immer mehr zusammen. Das Gebiet um den Letzigrund hat eine Zentrumsfunktion. Deshalb soll das Schlachthofareal für die Bevölkerung geöffnet werden. Es sollen zudem neue Nutzungen entstehen können. Für uns ist klar: Das Areal ist ein Arbeitsplatzgebiet und wird auch eines bleiben. Ich gehe davon aus, dass sogar mehr Arbeitsplätze entstehen können, als heute der Fall ist. Der Schlachtbetrieb vereinnahmt das ganze Areal und ermöglicht keine andere Entwicklung. Dass wir mit diesem Entscheid die Fleischproduktion aus der Stadt verbannen wollen, ist erfunden. Es hat keinen Einfluss auf den Fleischkonsum, ob in der Stadt Zürich Tiere geschlachtet werden oder nicht.

F.C.: Hier werden reine Planspiele veranstaltet. Der Stadtrat hat vier Varianten präsentiert. Auf die sehr konkrete Frage, welche dieser Varianten zum Zug kommt, heisst es, dass man sich gegen die Variante mit dem Schlachthof entschieden hat.

Welche der anderen drei Varianten es sein wird, ist noch offen. Was es braucht, sind UnternehmerInnen, die mit einer Geschäftsidee und einem erfolgreichen Business-Modell Gewerbe, Industrie und Forschung betreiben. Nur so können Arbeitsplätze entstehen und gesichert werden. Mehr Arbeitsplätze entstehen nicht, weil der Stadtrat sagt, dass es nun mehr Arbeitsplätze gibt.

M.T.: Wir sind uns einig, dass auf diesem Areal künftig UnternehmerInnen arbeiten und Arbeitsplätze schaffen sollen. Es geht darum, dass wir derzeit auf dem Areal eine monothematische Nutzung haben, die das Areal beherrscht. Es ist doch auch in eurem Sinn, wenn das Areal für weitere UnternehmerInnen nutzbar sein soll. Es ist nicht ausgenommen, dass dort weiterhin Essen, zum Beispiel in einer Metzgerei, produziert wird. Neben dem Gewerbe und den Arbeitsplätzen ist aber auch der Anspruch, Freiraum zu schaffen, stark geäussert worden. Zudem fehlt es in dieser Gegend an Schulhäusern, insbesondere für die Sekundarstufe.

F.C.: Du beziehst dich auf die Metzgerei, die bereits auf dem Areal ist. Die Aussage des Stadtrates ist klar: Die Verträge laufen bis 2029 und werden nicht verlängert. Es gibt kein rechtlich bindendes Mittel, das den heutigen Betrieben Sicherheit geben würde. Zudem nimmt der Schlachthof etwa ein Drittel des Areals in Anspruch. Der Rest besteht aus dem grossen denkmalgeschützten Gebäude mit der Metzgerei und einem weiteren Lebensmittelbetrieb. Das Schulhaus ist allerdings absolut unbestritten.

Die Stadt führt seit einigen Jahren sogenannte Echoräume mit AnwohnerInnen, verschiedenen AkteurInnen und Interessierten durch. Viele befürworten eine Nutzung des Areals ohne Schlachthof. Wie haben Sie dieses Verfahren wahrgenommen?

M.T.: Der Prozess war zielführend aufgeleitet. Es ist fair, wenn man sieben Jahre vor dem Auslaufen der Verträge weiss, ob man an diesem Standort weitermachen kann

oder nicht. Es gibt etliche MieterInnen in dieser Stadt, die sehr viel kurzfristiger erfahren, dass sie aufgrund einer Haussanierung ausziehen müssen. Dass es noch keinen Planungshorizont gibt, liegt in der Natur der Sache. Der konkrete Planungsprozess fängt jetzt an.

F.C.: Ich war bei einer Echoraum-Veranstaltung dabei. In diesem Raum sassen fast keine Menschen, die Verantwortung tragen. Also die, die schauen, dass ein Betrieb funktioniert, Arbeitsplätze geschaffen werden oder ein Angebot existiert, das wirtschaftlich tragbar ist. Oftmals wurde die Forderung nach Kunstateliers geäussert, von denen es in der Stadt Zürich mehr als genug gibt. Zudem waren viele Verwaltungsangestellte anwesend, die ihr Geld sowieso erhalten, ob das ein Erfolg wird oder nicht. Es macht den Eindruck einer Alibiübung. Das Resultat wurde schon im Voraus antizipiert und durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen legitimiert.

M.T.: Ich habe es anders empfunden. Auch wir hatten teilweise den Eindruck, dass zum Teil schon eine gewisse Vorstellung vorhanden war. Wir hatten den Eindruck, dass man den Schlachtbetrieb behalten möchte. Es wurde eine Studie über die Fleischwirtschaft durchgeführt, was nicht unbedingt die Aufgabe einer Stadtverwaltung ist. Der Unterton der Studie schien uns, ein Arbeitsplatzgebiet mit dem Schlachtbetrieb zu erhalten. Darum hat mich gefreut, dass der Stadtrat nun doch den Weg für eine neue Entwicklung frei machen will. Klar ist, dass man eine derart grosse Planung nicht im stillen Kämmerlein aufgleisen kann. Es braucht eine Form von Mitwirkung. Diese Gelegenheit hatten wir. Die Inputs der Teilnehmenden wurden aufgenommen und sind in die Planung eingeflossen, so scheint es.

Die FDP argumentiert mit der Regionalität und der Versorgungssicherheit. Rund drei Viertel des Schlachtguts aus dem Areal werden aber an nicht-regionale Betriebe geliefert. Auch die Versorgungssicherheit sollte gegeben sein. Die Verteilung des Schlachtvolumens sei auf andere Grossbetriebe möglich, mit Ausnahme von Schafen. Wovor haben Sie Angst?

«Dass wir mit diesem Entscheid die Fleischproduktion aus der Stadt verbannen wollen, ist erfunden.»

Marcel Tobler, SP

F.C.: In der Studie der Stadt war klar, dass die Schafskapazitäten nicht einfach auf andere Schlachtbetriebe verteilt werden können. Auch wenn ein Grossteil des Fleisches ausserhalb der Stadt konsumiert wird, ist der Fleischkonsum in der Stadt weiterhin hoch. Bei eigenen Label wie «Made in Zürich» setzt man auf Regionalität. Natürlich kann man bei der Regionalität immer diskutieren, ab wie vielen Kilometern es nicht mehr regional ist. Bei «Made in Zürich» geht es um eine offizielle Herkunftsbezeichnung. Das ist eine Initiative, die die Stadt mitträgt. Hier ist die Regionalität klar definiert und eng geregelt.

M.T.: Das Label «regional» beschränkt sich nicht nur auf das Stadtgebiet. Ich bin einverstanden: Wo es eine Nachfrage gibt, wird es auch ein Angebot geben. Ob das jetzt aus der Stadt Zürich kommt oder ein paar Kilometer weiter weg, sehe ich nicht so eng. Wie gesagt: Ein Grossteil der Produktion wird heute an andere Orte ausserhalb der Stadt transportiert.

Wie Sie sagen: Viele ZürcherInnen essen weiterhin Fleisch. Der Schlachtbetrieb scheint in der Stadt zu stören, es ist laut und der Geruch ist penetrant. Ist es nicht scheinheilig, die Tiere nun ausserhalb der Stadt schlachten zu lassen?

M.T.: Das sehe ich nicht so. Wir haben mit den Grünen eine Motion eingereicht, die eine Mischnutzung vorsieht. Lärmemissionen sollen möglich sein und sind angesichts der Grösse des Areals vertretbar. Die Geruchsemissionen sind heute auf einem sehr tiefen Niveau.

F.C.: Natürlich ist es scheinheilig. Schliesslich will man die Fleischindustrie nicht mehr dort haben und versucht diese nun galant in die Agglomeration abzuschieben.

M.T.: Das stimmt nicht. Es geht nicht um die Tatsache, dass dort Tiere geschlachtet werden. Die Nutzung des Areals steht aber einer künftigen Entwicklung im Weg.

F.C.: Dann hättet ihr euch aber um eine Lösung in der Stadt gekümmert.

M.T.: Die Stadt hat probiert, einen Ersatzstandort auf städtischem Grund zu suchen. Das hat offenbar nicht geklappt.

F.C.: Ich habe das mit dem Verwaltungsratspräsidenten besprochen. Es handelte sich um einen Standort ausserhalb der Stadt, der für einen solchen Betrieb nicht geeignet sei. Die beste Option wäre gewesen, den Schlachthof auf diesem Areal zu belassen. Wenn schlachten in der Stadt keinen Sinn mehr ergibt, da es sich wirtschaftlich nicht lohnt, oder niemand mehr Fleisch isst, dann verschwin-



Flurin Capaul (l.) und Marcel Tobler sind uneins, was die Zukunft des Schlachthofareals anbelangt.

det er automatisch. So entstehen neue Möglichkeiten, ohne krampfhaft Pläne der Stadt.

M.T.: Früher gab es im Stadtzentrum Schlachtbetriebe, die dann an den Stadtrand gewandert sind. Der Stadtrand war dazumal am Ende des Kreises 4. Nun ist die Stadt aber gewachsen. Nun passiert derselbe Prozess wie vor 100 Jahren.

Die meisten Gebäude dienen der Fleischgewinnung und stehen unter Denkmalschutz. Wie sinnvoll kann man diese Gebäude neu nutzen?

F.C.: Die schönen Ziegelbacksteingebäude sind denkmalgeschützt und müssen erhalten bleiben. Mit den moderneren, die zum Schlachthof gehören, kann man machen, was man möchte. Entscheidend ist die Nutzung des Areals. Hier wurden riesige Erwartungen geweckt. Für uns ist klar, dass es bei einem Areal für Produktion, Gewerbe und Forschung im Bereich der Lebensmittel bleiben soll. Darin hat Zürich eine grosse Tradition. «Planted» könnte zum Beispiel zum absoluten Weltmarktführer beim Pouletersatz werden. Solche Unternehmungen brauchen wir in der Stadt Zürich weiterhin. Darum setzen wir uns für Food-Cluster auf dem Areal ein.

M.T.: Da bin ich nicht dagegen. Zürich zeichnet sich als innovativer Standort aus. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb die FDP sich dagegen wehrt, dass man das Areal auch entsprechend nutzen kann.

F.C.: Wir sind uns in der Vision einig, aber nicht über den Weg dorthin. Der Weg über Verwaltungsangestellte, die Planspiele veranstalten, ist falsch. Es muss ein un-

ternehmerischer Weg sein. Nur dann haben die Unternehmen eine Lebenschance, weil sie nur dann etwas produzieren, das nachgefragt wird. Gerade auch das Thema Kunst:

«Weshalb Gewerbe für Kunstbetriebe verdrängt werden sollen, verstehe ich nicht. Essen ist einer der wichtigsten Beiträge an unsere Alltagskultur.»

Flurin Capaul, FDP

Die Stadt Zürich macht sehr viel für KünstlerInnen. Es gibt Stipendien, Ateliers oder subventionierte Möglichkeiten, um sich künstlerisch auszutoben. Weshalb Gewerbe für Kunstbetriebe verdrängt werden sollen, verstehe ich nicht. Essen ist einer der wichtigsten Beiträge an unsere Alltagskultur.

Das Areal soll für die Stadtbevölkerung geöffnet werden. Wie soll das Areal Ihrer Meinung nach genutzt werden?

F.C.: Beim Thema Grünraum bin ich schon ein wenig überrascht. Der Hartauspielplatz, der Hardaupark oder das Freibad Letzigraben sind in unmittelbarer Nähe. Es hat relativ viel Grünraum oder Spielplätze, um sich auszutoben. Wer in New York wohnt, ist sich gewohnt, die U-Bahn zu nehmen, um in den Central Park zu gehen. Weshalb es zusätzlichen Frei- und Grünraum braucht, ist mir unklar. Allerdings fordern dies Vorgaben des Richtplans, also wird man es so umsetzen müssen.

M.T.: Das ganze Gebiet ist sehr dicht bebaut. Der Vergleich mit New York hinkt allerdings massiv. Auch beim Letzigrund wurde versprochen, dass er offen und zugänglich sein werde – davon sind wir weit weg. Der Anspruch ist, eine Verbindung zu schaffen zwischen dem Hard-Quartier und Altstetten. Auf den Hitzekarten sind wir zudem immer oben mit dabei. Im Sommer heizt es nämlich stark auf. Deshalb braucht es dringend mehr Grün- und Freiräume.

45 Zukünfte für die Triemli-Türme

Vor einem Jahr berichteten die ArchitekturkolumnistInnen von Tsüri.ch kritisch über den geplanten Abriss der drei ehemaligen Personalhäuser des Stadtsitals Triemli. Eine Verstrickung von Ereignissen über die letzten Monate hat die Ausgangslage um die Zukunft der Türme nun grundlegend verändert.

Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau ZAS*

Seit der Veröffentlichung unserer Kolumne Betonreserven am Triemli vor einem Jahr ist viel passiert. Damals berichteten wir über den geplanten Abriss der drei ehemaligen Personalhäuser des Stadtsitals und stellten uns vor, den drei Türmen ein neues Leben zu verleihen. «Wäre ein Umbau wirklich so undenkbar?», fragten wir uns. Mittlerweile wissen wir: An Ideen für eine Um- und Weiternutzung der Anlage mangelt es nicht.

Eine Verstrickung von Ereignissen über die letzten Monate führte dazu, dass sich die Ausgangslage um die Zukunft der Türme grundlegend verändert hat. Am 5. Januar, einen Monat nach der Veröffentlichung des ersten Artikels, forderte die AL den Gemeinderat mit einer dringlichen Anfrage dazu auf, die Entwicklungsstrategie zum Stadtsital Triemli zu überdenken und Optionen für eine weitere Nutzung der Gebäude zu prüfen. Im Gemeinderat noch angenommen, wurde die Anfrage später im Stadtrat mit einer Mehrheit abgelehnt. Eine Gewissheit über die Sinnhaftigkeit jeder Entscheidung wird mit den sich ständig ändernden, globalen Rahmenbedingungen schnell hinterfragt. Einige Wochen nach dem Beginn des Angriffskrieges in der Ukraine konnten in den Türmen mehrere Hundert Flüchtlinge beherbergt werden. Die Türme boten unmittelbar verfügbaren Raum an und liessen erneut eine Wohnnutzung zu.

Veränderungen auf rechtlichen und politischen Ebenen veranlassten uns schliesslich dazu, die Argumente, welche ursprünglich zum Abriss-Entscheid geführt haben, systematisch zu untersuchen. Im April erstellten wir eine Arbeitsgrundlage, um eine weitere Diskussion um den Erhalt der Türme zu er-

Reklame

**WOHLSTAND
OHNE WACHSTUM?**

MIT REFERATEN VON
PROF. IRMI SEIDEL & BALTHASAR GLÄTTLI

Montag, 23. Januar
Tür: 19h | Start: 19.30h
GZ Riesbach





Innert kurzer Zeit ist viel passiert. Wie geht es weiter mit den drei Türmen? zvg

möglichen. Im Mai wurde vom Gemeinderat ausserdem bekannt gegeben, dass eine zehnjährige Verlängerung der bestehenden Zwischennutzung geprüft werden soll. Durch eine Verschiebung von Notwendigkeiten hatte sich somit innerhalb weniger Monate eine Umstimmung auf lokaler politischer Ebene ergeben. Noch im gleichen Monat entschlossen wir uns dazu, einen spekulativen Ideenwettbewerb auszuschreiben, um zukunftsweisende Vorschläge für die Um- und Weiternutzung der Anlage zu finden.

Die in den Türmen beherbergten verschiedenen Zwischennutzungen der letzten zwei Jahrzehnte haben die Vielfalt an Nutzungsmöglichkeiten der Anlage aufgezeigt. Aus dieser Realität wurde für den Wettbewerb das Programm des Stadthotels abgeleitet: Ein Ort für Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen, auf kurze oder längere Zeit.

45 Teams aus ArchitektInnen und verschiedenen anderen SpezialistInnen haben dazu eine breite Vielfalt an Beiträgen eingereicht. Am 2. Dezember fand die öffentliche Jurierung im ZAZ Bellerive (auch per Livestream) statt. Vom 12. bis 19. Januar nun werden alle Beiträge im ZAZ ausgestellt und die Resultate des Wettbewerbs bekanntgegeben. Dabei soll die Diskussion um die Zukunft der Türme im Austausch mit beteiligten AkteurInnen und der breiten Öffentlichkeit weitergeführt werden. Die Verkündung der Ergeb-

nisse des Wettbewerbs findet am 12. Januar, ab 19 Uhr statt.

Dieser Artikel stammt vom Onlinemagazin Tsüri.ch. Tsüri.ch gehört wie P.S. zu den verlagsunabhängigen Medien der Schweiz. Unterstützen Sie die Arbeit von Tsüri.ch mit einer Mitgliedschaft.

INFOBOX

ZAS* ist ein Zusammenschluss junger ArchitektInnen und StadtbewohnerInnen. Dem Zusammenschluss voraus ging eine geteilte Erregung über die kurze Lebensdauer der Gebäude in Zürich. Durch Erzählungen und Aktionen denkt ZAS* die bestehende Stadt weiter und bietet andere Vorstellungen an als jene, die durch normalisierte Prozesse zustande gekommen sind. Um nicht nur Opposition gegenüber den offiziellen Vorschlägen der Stadtplanung zu markieren, werden transformative Gegenvorschläge erarbeitet. Dabei werden imaginative Räume eröffnet und in bestehenden Überlagerungen mögliche Zukünfte lokalisiert. Die Kolumne navigiert mit Ballast auf ein anderes Zürich zu und entspringt einem gemeinsamen Schreibprozess. Zur Kontaktaufnahme schreiben an: info@zas.life

«Noch vor Ende meines ersten Amtsjahres kam die Pandemie»

2019 schaffte Natalie Rickli (SVP) den Sprung in die Regierung. Nach den ersten vier Jahren als Gesundheitsdirektorin blickt sie nun voller Tatendrang nach vorn.

Nicole Soland

Vor 15 Jahren, am 3. Dezember 2007, wurde Natalie Rickli in den Nationalrat gewählt, davor war sie von Mai bis November 2007 Kantonsrätin. Gestartet hat sie ihre Karriere als Parlamentarierin jedoch bereits 2002 im Grossen Gemeinderat von Winterthur, dem sie bis Juni 2007 angehörte. Als sie bei den Wahlen 2019 den Sprung in den Regierungsrat schaffte, blickte sie somit auf 17 Jahre als Parlamentarierin zurück. Wie schwer fällt es einem nach so vielen Jahren, der Legislative Ade zu sagen und in der Exekutive Fuss zu fassen? Natalie Rickli lächelt und sagt, sie habe sich sehr gut eingelebt: «Ab dem Moment meiner Kandidatur für den Regierungsrat war ich mir bewusst, welchen Rollenwechsel meine Wahl beinhalten würde.» Dennoch habe es zirka ein Jahr gedauert, bis sie in die Dossiers ihrer Direktion und in die Regierungsgeschäfte allgemein eingearbeitet gewesen sei, fügt sie an. «Unterdessen bin ich angekommen und kenne die Menschen, Themen, Abläufe und Prozesse im Gesundheitswesen ebenso gut wie die Probleme.»

Neues Amt, neues Gesetz

Nach Beispielen gefragt, präzisiert sie, wer neu einer Direktion vorstehe, treffe auf eingespielte Prozesse und darunter auch auf solche, bei denen es sich lohne, sie genau zu analysieren und eventuell anzupassen. Viel Zeit sei ihr dafür allerdings nicht geblieben: «Noch vor Ende meines ersten Amtsjahres kam die Pandemie, und es galt innert kürzester Zeit sehr viel auf die Beine zu stellen, womit sich zuvor kaum jemand befasst hatte.» Im Bericht einer Subkommission, die aus Mitgliedern der Geschäftsprüfungs- und der Finanzkommission des Kantonsrates bestand und die den Umgang des Kantons Zürich mit der Corona-Pandemie während der ausserordentlichen Lage untersuchte, heisst es dazu etwa, die Gesundheitsdirektorin sei zu Beginn der Krise auf die Hilfe der Kantonspolizei und der Kantonalen Führungsorganisation KFO von Sicherheitsdirektor Mario Fehr «angewiesen» gewesen. «In der Gesundheitsdirektion gab es damals noch keine Pandemie-Stabsorganisation, das Generalsekretariat war für alle abteilungsübergreifenden Belange zuständig», erklärt Natalie Rickli. Die KFO und die

Kantonspolizei seien dafür da, in einer Krisensituation aktiv zu werden: «Ich war froh um die Unterstützung des Sicherheitsdirektors, der uns einen Stab der Kantonspolizei zur Verfügung gestellt hat.»



Unterdessen hat Natalie Rickli erste Reorganisationen durchgeführt: «Seit dem 1. Januar 2022 steht das neue Amt für Gesundheit mit seinen 80 Mitarbeitenden organisatorisch auf derselben Ebene wie das Veterinäramt oder das kantonale Labor.» Dass sie selber während der Pandemie nicht im dreiköpfigen Regierungsausschuss war, den der Regierungsrat zur Bewältigung derselben ins Leben gerufen hatte, sei so geplant gewesen: «Dort wurden jene Pandemie-bedingten Probleme besprochen, die nichts mit der Gesundheitsversorgung zu tun hatten.» Im erwähnten Bericht heisst es hingegen, sie hätte im Ausschuss vertreten sein müssen – aber auch, die Einsetzung desselben sei «praktisch folgenlos» geblieben.

Zu den Erfolgen der zu Ende gehenden Legislatur zählt Natalie Rickli, wie ihre Direktion die logistischen Herausforderungen der Pandemie im Kanton Zürich gemeistert hat. Stolz ist sie auch auf das Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz, das sie durch den Kantonsrat brachte, und den Lohndeckel für Ärztinnen und Ärzte. Darauf angesprochen, dass die Bevölkerung in Affoltern am Albis oder Uster keine Freude hatte, als die Gesundheitsdirektorin verkündete, die dortigen Spitäler von der Spitalliste zu streichen, entgegnet sie, es sei doch gut herausgekommen: «Das Spital Affoltern setzt nun voll auf Palliativmedizin und Akutgeriatrie, und in Uster haben sich die Zahlen verbessert, das Spital hat wieder eine Chance. Wir müssen es aber weiterhin begleiten.»

Ausgebaut hat Natalie Rickli die Kinder- und Jugendpsychiatrie. Mit der Kampagne «Kein Täter werden» und einer neu geschaffenen Präventionsstelle setzt sie ein Programm gegen Pädokriminalität um, dem sie noch als

Nationalrätin den Weg gebahnt hatte – mit einem Vorstoss, den sie zusammen mit Daniel Jositsch (SP) eingereicht hatte. Was die Rehabilitation betrifft, sei die geplante Reha-Klinik beim Stadtspital Triemli eigentlich gut aufgegleist, fügt sie an. Doch weil der Kanton Thurgau gegen die neue Spitalliste Rehabilitation Beschwerde eingereicht hat, müsse man nun den Ausgang des rechtlichen Verfahrens abwarten.

«Schwer fassbar»

SP-Kantonsrat Andreas Daurü ist langjähriges Mitglied der Kommission für Sicherheit und Gesundheit. Er attestiert Natalie Rickli eine gute Zusammenarbeit mit der Kommission. Vergleiche man ihr Auftreten dort mit dem ihres Vorgängers Thomas Heiniiger, habe ein «Kulturwandel» stattgefunden. Trotzdem sei sie eher «schwer fassbar, sie hat wenig Ecken und Kanten, schafft es aber meistens, in der Kommission gut dazustehen, und macht in ihrer Direktion rechtzeitig das Nötige», fügt er an. Auch die Corona-Pandemie habe sie nicht schlecht gemeistert. Umgekehrt sei sie nicht die Schnellste, wenn es um bessere Arbeitsbedingungen für das Personal gehe. Massnahmen analog zum Programm «Stärkung Pflege», das die Stadt Zürich umgesetzt habe, seien nicht in Sicht: «Hier träte eine Sozialdemokratin aktiver auf», glaubt er.

Natalie Rickli verweist auf die verbesserten Anstellungsbedingungen der kantonalen Spitäler sowie auf die Pflegeinitiative, deren erste Etappe fristgerecht per Sommer 2024 umgesetzt werde, und darauf, dass es mehr brauche als eine Ausbildungsinitiative: «Wir müssen auch die Menschen, die in der Pflege tätig sind, im Beruf halten. Das wird nicht einfacher dadurch, dass man heutzutage zwei bis drei Leute pro Stelle braucht.» Immerhin: Gesundheitsdirektorin gibt es nur eine, und die Wiederwahl Natalie Ricklis dürfe aller Voraussicht nach glatt über die Bühne gehen.

REGIERUNGSRATSWAHLEN 2023

Mit dieser Porträtreihe stellen wir bis Anfang Februar die bisherigen und die neuantretenden RegierungsratskandidatInnen vor: diese Woche Natalie Rickli (SVP, bisher).



Donnerstag, 19. Januar

ala fekra projekt

Schweizerisch-ägyptische Mischklänge

Mittwoch, 1. Februar

Zéphir Combo

Chanson festive, Folk, Gipsy

Donnerstag, 9. März

Caludo

Folk mit einer Prise «Bluegrass Drive»

Mittwoch, 22. März

Alban & Ute Faust

Northern Winds Tour 2023

Samstag, 1. April

Morgain

A Mantle So Green – Bernbieter irish Folk

Mittwoch, 24. Mai

Maxi Pongratz mit Theresa Loibl

Meine Ängste – Folk aus dem
Oberammergau (Bayern)

Alle Konzerte 20 Uhr
im GZ Buchegg, Bucheggstr. 93
www.gz-zh.ch/gz-buchegg

www.folkclub.ch

Mit freundlicher Unterstützung der Stadt Zürich, (Popkredit),
des Kantons Zürich (Fachstelle Kultur) und des Migros Kulturprozents.



Lösungswort Dezemberrätsel: ARTENSTERBEN

Waagrecht: 7. HERUMSCHNUEFFELN 13. MARIO-
NETTENTHEATER 18. SCRAM engl. für abhauen
19. Thomas JORDAN 20. SAU in Saurier 21. ABCHE-
CKEN 23. DISKETTE 25. HEL nord. Unterwelt 26. HO-
NIG 28. AMORAL 30. TeutonenGRILL 31. NIKOLAS
33. BULLE 35. EIMER 37. NUDE engl. für Akt, Nudel
38. OASE 39. MEDEA 40. TATMOTIV 41. Man schlägt
den SACK, ... 42. REUSSDELTA 43. EOLITH Feuerstein

Senkrecht: 1. VERSCHIEDEN 2. UMNACHTET 3. AC-
TIEN 4. HUND 5. EFH Einfamilienhaus 6. Beauty and
the BEAST 7. HAMBURGER 8. Kardinal RICHELIEU
9. SEM Semiten 10. NERD 11. FEDERBALL 12. NEUER-
LICH Manuel Neuer 14. ORELL Füssli 15. TONIKUM
16. TASMANIEN Tasmanischer Teufel 17. TAT 22. KON-
RAD Adenauer 24. KOSOVO 27. Warten auf GODOT
28. ALET oder Aitel 29. AUSSIE Australian Shepherd
32. INTEL 34. LEA 36. MAST

2 Eintrittskarten für frei wählbare Daten/Vorstellungen im Theater
Keller 62 in Zürich gewonnen hat: Erika Schindler, Winterthur.
www.keller62.ch

2 Eintrittskarten für frei wählbare Daten/Vorstellungen im Maxim-
theater Zürich gewonnen hat: Lorenz Hurni, Baden.
www.maximtheater.ch

**Kultur
kompakt.**
pszeitung.ch/abo

Lohnschere geht auf

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund erklärt an seiner Jahresmedienkonferenz: Es braucht höhere Löhne, Entlastung bei den Krankenkassenprämien und mehr Gleichstellung.

Sergio Scagliola

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) stellte an der Jahres-Medienkonferenz vom 9. Januar die gewerkschaftlichen Offensiven im Jahr 2023 vor. Zeitgleich erschien am vergangenen Montag der neue Verteilungsbericht des SGB. Darin stellt der Gewerkschaftsbund fest: Die Lohnschere öffnet sich wieder.

700 Franken Einbusse

Zwischen 2010 und 2016 stiegen die unteren und mittleren Löhne real stärker als die obersten zehn Prozent. Nun die Kehrtwende: Nur diese bestbezahlten zehn Prozent erhielten in den letzten sechs Jahren real mehr Lohn. Das hat eine Einbusse bei den unteren und mittleren Lohnklassen von rund 700 Franken jährlich zufolge. Und ganz oben?

«Ganz anders entwickelt sich die Situation bei den TopverdienerInnen. Nachdem die Finanzkrise das Aufgehen der Lohnschere gestoppt hatte, geht es für sie seit 2014 wieder aufwärts. Als hätte es keine Abzocker-Kritik gegeben», heisst es im Verteilungsbericht. Zudem beobachtet der SGB einen starken Anstieg bei den Lohnmillionären, deren Anzahl in den 2010er-Jahren von 2621 auf 3549 Siebenstellig-Verdienende gewachsen ist – wobei der Anstieg bei den Lohnhalbmillionären noch steiler ausfällt.

Was tun also? In der Medienmitteilung zur Jahreskonferenz wird festgestellt, dass die Löhne zu wenig gestiegen sind, um die Teuerung und den Lohnrückstand auszugleichen. Zudem fällt der Prämienchock bei den Krankenkassen höher aus als die Lohnerhöhungen und die Aufstockung der Prämienverbilligungen. So müsse ein Paar mit zwei Kindern erstmals 1000

Franken für die Prämien zahlen müssen. Zur Stärkung der Kaufkraft und zur Entlastung vieler ArbeitnehmerInnen muss es also Reallohnerhöhungen geben. Weiter sei die Wiedereinführung des automatischen Teuerungsausgleichs notwendig. SGB-Chefökonom Daniel Lampart führt aus: «Ein Lohn muss zum Leben reichen, das heisst konkret: keine Löhne unter 5000 Franken für Berufstätige mit Lehre und mindestens 4500 Franken für alle.»

Es geht nicht nur um Lohn

In verschiedenen Branchen gelingt diese Verbesserung der Löhne dank harter Verhandlungen, neuen Gesamtarbeitsverträgen und einer Lohnkampagne zum Jahresbeginn bislang nicht schlecht, Löhne konnten spürbar angehoben werden. Dennoch geht es nicht nur um die Saläre.

Arbeitgeber fordern, so der SGB, immer mehr Ausnahmen bei den Arbeits- und Ruhezeiten – auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, ihrer Gesundheit und des Familienlebens. Gleichzeitig bemühen sich die Arbeitgeber kaum um Arbeitszeitverkürzung. Das war noch bis 1990 anders, wo die betriebsübliche Arbeitszeit alle zehn Jahre um ein bis zwei Stunden reduziert wurde – heute müssen die ArbeitnehmerInnen die Verkürzungen der Arbeitszeit durch Teilzeitarbeit oder weniger Lohn selber bezahlen, heisst es in der Medienmitteilung.

Für Unia-Präsidentin Vanina Alleva brauche es deshalb nicht nur planbare und familienfreundliche Arbeitszeiten, sondern endlich auch «eine Aufwertung von klassischen Frauen-Branchen, die nach wie vor schlechter bezahlt sind. Das heisst mehr Lohn, Zeit und Respekt.»

Kapital und Kätzchen

Der Fat Cat Day feiert nicht etwa übergewichtige Haustiere, sondern Schwergewichte der Wirtschaft. Wie schnell verdienen die bestbezahlten Chefs eines Landes das durchschnittliche Jahreseinkommen der Bevölkerung?

Sergio Scagliola

Das Portal der österreichischen Arbeiterkammern erklärte den 5. Januar dieses Jahres zum Fat Cat Day. Innert vier Arbeitstagen – zwar zu vier 12-Studentagen, also innert 48 Stunden – verdiene ein Vorstandsvorsitzender eines an der Wiener Börse notierten Unternehmens so viel wie durchschnittliche ArbeitnehmerInnen über das gesamte Jahr hinweg. Bei aller Verantwortung, die diese Herrschaften tragen und bei allen Überstunden, die Topmanager leisten – so schliesslich meistens der Grundton in der Rechtfertigung von Löhnen in Millionenhöhe – ist der zwölfstündige Arbeitstag zwar etwas hoch angesetzt, aber vielleicht doch ganz fair. Immerhin: Die gesetzlichen Feiertage halten sie trotzdem ein. Zumindest geschieht die Einschätzung der Arbeiterkammer mit Berücksichtigung des 1. Januars als Feiertag.

Wer erinnert sich an die 1:12-Initiative? Offensichtlich haben einige Chefetagen diese missverstanden. Oder war mit 1:12 etwa gemeint, 12 Monate Arbeit in einem Tag entlohnt zu bekommen? In Österreich hat die bestverdienende Fat Cat das durchschnittliche Jahreseinkommen von rund 35000 Euro bereits innert eines Arbeitstags verdient. In der Schweiz stehen wir immerhin doppelt so gut da. Hier feiert Roche-Chef Severin Schwan mit seinem Jahreseinkommen von 15,1 Millionen Franken abzüglich AHV, IV, EO und Pensionskasse (so schätzt statista.com) seinen persönlichen Fat Cat Day immerhin erst nach zwei Arbeitstagen. Das Nettonationaleinkommen (NNE) pro Kopf lag 2021 in der Schweiz bei rund 62000 Franken pro Jahr (brutto 75810 Franken) – Severin Schwan mit ei-

nem ungefähren Tageseinkommen von rund 41000 Franken à 365 Tagen hätte zum Erreichen des NNE pro Kopf also am zweiten Arbeitstag bereits mittags Feierabend machen können.

Severin Schwan steht aber mit seinen 15 Millionen alleine an der Spitze, auf dem Platz zwei gibt es für den UBS-Chef Ralph Hamers lediglich etwas mehr als 11 Millionen jährlich. Weil Österreich die Lohntransparenz mit etwas mehr Hingabe lebt, ist es hierzulande schwierig, den Lohndurchschnitt aller Chefs der grossen Unternehmen festzumachen. Immerhin: Das durchschnittliche Jahreslöhrlar der zehn Topmanager, die laut statista.com am meisten verdienen, liegt bei 10,38 Millionen Franken – rund 28500 Franken pro Tag, wenn 365 Tage gearbeitet würde. Aufgeteilt auf die durchschnittlichen ca. 260 Arbeitstage im Jahr beläuft sich die Zahl hingegen auf 39920 Franken, die an einem Arbeitstag verdient würden.

Feiertag verpasst

So relevant sind die zwei verschiedenen Rechnungswege aber nicht. Unseren Fat Cat Day haben wir ohnehin verpasst. Er wäre – wenn man die Wochenenden und Feiertage mitdenkt und mit dem höheren Lohn rechnet – am 3. Januar gewesen, wo das NNE pro Kopf innert zwei Arbeitstagen locker erreicht wurde. Er wäre ebenso am 3. Januar gewesen, wenn man mit dem tieferen Lohn rechnet, den Feiertag am 1. aber nicht berücksichtigt – die 62000 Franken-Marke knacken die Schwergewichte so aber bereits in den frühen Morgenstunden und nicht erst am Mittag. Die Schweiz triumphiert also über Österreich, wo das durchschnittliche Jahreslöhrlar erst am 5. Januar eingestrichen wurde. Roche, UBS, ABB und co. – wir gratulieren!

100 Jahre Radio – ein Denkanstoss

Mich hat der Jubiläumshinweis verblüfft. So jung? Und schon wird das klassische Massenmedium totgesagt: Es sei wie das Fernsehen etwas für ältere Leute. Das ist ein provozierender Denkanstoss für einen, der zwei Drittel dieser Zeit intensiv mithörte und über Jahrzehnte auf den kulturellen Wert vielseitigen Hörfunk(en)s hinzuweisen versuchte.

Hans Steiger

Der hundertste Jahrestag der ersten offiziellen Radiosendung in Deutschland wird erst Ende Oktober begangen. Die ehrwürdige englische BBC feierte ihren 100. Geburtstag im letzten Herbst, doch ihr jüngster Chef kündigte zu Neujahr an, im kommenden Jahrzehnt solle auf «online only» umgesattelt werden. Die gewohnten linearen Programme würden aufgegeben. Das hat offenbar auch Nathalie Wappler beflügelt, die seit 2019 als SRF-Direktorin in diesem Sinne wirkt. Mit zumal beim Kulturradio-Abbau eingespartem Geld liess sie Zukünftiges planen, und laut den SRG-News vom 3. Januar sieht das unter dem Motto «digital first» so aus: «Inhalte werden primär für digitale Plattformen produziert.» Das heisst, die Sendungen sollen in erster Linie für Websites, Social Media und eigene App-Angebote tauglich sein. Immerhin würden sie «danach für klassische Kanäle wie das Fernsehen aufbereitet». Passt das noch mit ihrem Service-public-Auftrag zusammen? Bestens, findet Frau Wappler, die diese Frage in einem eitlen You-Tube-Video sehr selbstsicher aufnimmt. In einer digitalisierten Gesellschaft sei das der einzig mögliche Weg. Fort vom festen Programm, flexibel voran!

Ein bisschen Wehmut floss zwar im Herbst in die Berichte über den Umzug aller in Zürich wirkenden Radioabteilungen ein. Nach rund 90 Jahren im eher beschaulichen Brunnenhof wurden offenbar vor allem Archivbestände nach Leutschenbach transportiert, in die «Radio Hall» des vom Fernsehen dominierten SRF-Zentrums. Dorthin lädt notabene am 16. Februar der 1930 als Arbeiter-Radio-Bund der Schweiz gegründete «Arbus» – jetzt Vereinigung für kritische Medienutzung – zur Besichtigung der technisch weitgehend neu ausgerüsteten Produktionsräume ein. Anmeldung wäre für Schnellentschlossene noch möglich.

Ein verstummtes Band im Archiv

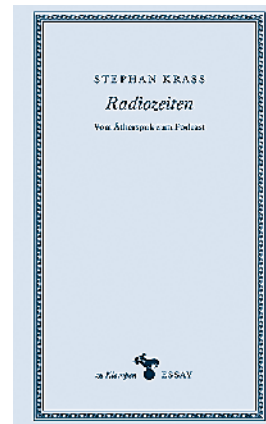
Nun aber zum Buch, das den Anstoss zu diesem Text gab: «Radiozeiten» von Stephan Krass. Ich hatte mich wohl übertrieben darauf gefreut und wurde entsprechend enttäuscht. Zu klug, zu wenig spürbare Liebe zum jungal-

ten Ohrenmedium. Die hundert Jahre «vom Ätherspuk zum Podcast» – so der Untertitel – werden ziemlich einseitig beleuchtet. Der einst beim Vorläufer des heutigen SWR selbst für Radioessays verantwortliche Autor hat für viele Kapitel damals verfasste Versuche genutzt. An einige konnte ich mich als Hörer sogar noch vage erinnern. Vier davon sind an Schriftstellern orientiert und zu gegebenem Anlass neu zusammengefügt. Schliesslich wirkt Krass inzwischen als Honorarprofessor für literarische Kunst. Plausibel ist der Einstieg mit Radio-Stücken und -Utopien von Brecht. Etwas ausufernd wirken die Abstecher zu Benn, Andersch oder zum «Frisch Radio». Aber neckisch ist es schon, zu erfahren, dass Max Frisch «sein erstes Hörspiel geschrieben habe, ohne je eines gehört zu haben». Wohl des raschen Verdienstes wegen. Allgemein galten öffentlich-rechtliche Sender als gute Sponsoren. Hinzu kommen spitze Hinweise auf eher problematische Passagen in Reportagen, die der junge Max dem Beromünster-Radio aus den USA lieferte, etwa über seine «Begegnungen mit Negern». Zu letzterer sei im Archiv noch ein Karton zu finden, auf dem der Originaltitel durchgestrichen und durch «Begegnungen mit Schwarzen» ersetzt wurde. Innen ein Zettel: «Gelöscht.» Die üblichen Angaben zu Autor, Aufnahmedatum, Länge und auch das Originalband wären vorhanden, «aber es ist verstummt». Natürlich lässt sich der Sinn einer gelöschten Tonkassette bezweifeln. «Es sei denn, sie enthielte eine andere Botschaft.»

90 Jahre im beschaulichen Zürcher Brunnenhof, jetzt in der «Radio Hall» des vom Fernsehen dominierten SRF-Zentrums.

Über magische Augen und Pausen

Was mich selbst beim Gedanken an vergangene Radiozeiten nostalgisch stimmt, klingt bei Krass nur knapp und meist in Zitaten an. Mehrmals leuchtet «das berühmte magische Auge» auf, mit dem Hörerlebnisse langsam eingeleitet wurden und das beim Abschalten leise verglimmte. Bis kalte, zackige Transistoren die wärmenden Röhren ablösten. Schön auch die Betrachtung zum Verschwinden der ursprünglich eigentlich technisch bedingten Pausenzeichen. Mit ihnen seien uns nicht nur die oft seltsamen, aber vertrauten



Zeichen «abhanden gekommen, sondern auch die Pause». Programmverantwortlichen von heute sei jeder Moment nicht gefüllter Sendezeit ein Horror, weil dann ab- oder umgeschaltet werde, Einschaltquoten sinken, Werbemaassnahmen verloren gehen könnten. Womit der Rückblick zügig den Problemen der Konkurrenz- und Podcast-Epoche näher rückt.

War das alles? Die immer mobileren Geräte, mit denen wir als Jugendliche lang verpönte Musik via Radio Luxemburg oder von Piratensendern einfangen konnten, werden erwähnt. Wie das Propaganda-Radio der Nazis den hoffnungsvollen Experimenten mit dem frischen Medium ein Ende setzte, wird gezeigt, der spätere Kalte Krieg im Äther gestreift. Aber es kommt kein Weltempfänger vor. Nichts erinnert an meine nächtelangen Reisen durch die Weiten der Kurzwelle. Militärputsch in Afrika quasi live, die sowjetischen Panzer vor dem Radiostudio in Prag ... Deutschland bleibt im Zentrum. Über den Aufbau, den Auftrag und politischen Streit um den dort nach 1945 neu strukturierten Rundfunk ist zwar nicht viel zu erfahren, aber bei einem Blick in die Zukunft taucht auch hier die Frage auf, wie sich «das klassische Radio angesichts der nichtlinearen Formate» neu positionieren könnte. «Würden die Öffentlich-rechtlichen die Podcaster schlucken», wird ein Medienwissenschaftler zitiert, «wäre sofort deren wesentlicher Vorteil, die Offenheit, verloren.» Aber die ARD-Anstalten wollten und sollten natürlich nicht «geriatrisch austrocknen». Also werde jetzt mit eigenen Jugendformaten experimentiert, der Weg zum Publikum etwa über TikTok, Instagram und Snapchat gesucht. Womöglich könnte das ja funktionieren, doch zur «Programm-Logik der personalisierten Inhalte» gehöre, «dass

am Ende jeder nur das bekommt, was er geordert hat». Offen bleibt, ob das alles noch dem Programmauftrag entspricht. «Ganz abgesehen davon, dass es oftmals bereichernd ist, etwas zu finden oder angeboten zu bekommen, was man gar nicht gesucht oder erwartet hat.»

Gegen jede mediale Einheitsmeinung

Mir scheint, präzise an dem Punkt wäre weiter nachzudenken, und darum blende ich hier die Streitschrift von Precht und Welzer über «Die vierte Gewalt» ein. Darin wollen sich die zwei medial meist gut Präsenten wohl vorab für die Schelte revanchieren, welche nach einem von ihnen mitunterzeichneten Brief an Bundeskanzler Scholz losgebrochen war. Es ging um Waffenlieferungen an die Ukraine. Die vorgetragenen Bedenken, obwohl in der Bevölkerung durchaus verbreitet, seien von praktisch allen tonangebenden Sendern und Zeitungen nur noch polemisch thematisiert worden. Das nicht, weil sie staatlich gelenkt oder einfach «Lügenpresse» wären, sondern weil sie sich hier selber als Leitmedien zu fühlen begannen. Die «bekenntnis-trainierte und haltungsdesignte journalistische Zunft» habe angesichts des Krieges eine «Trivialwelt von Gut oder Böse, Richtig oder Falsch» präsentiert. Die zwei dabei Abgekanzelten – ein Philosoph und ein Sozialpsychologe – analysieren diesen Fall als exemplarisch. Um mehr Stoff für ihre Intervention zu haben, die als gebundenes Buch etwas aufgeplustert wirkt, beziehen sie Corona mit ein. Auch dort erschien Protestierenden die Medienmeinung gelenkt. Das ist ernst zu nehmen. Wo immer sich Konformismus breit mache, mediale Einheitsmeinung journalistische Qualität beeinträchtigt, «wird es für die Demokratie gefährlich». Nicht nur in elitären Nischen gibt es immer mehr «Echokammern», die das Ringen um politische Lösungen behindern. Es sei erstaunlich, wie viele sich bei komplexesten Fragen «mit holzhackerischer Sicherheit ein Urteil zutrauen – und zwar meistens das gleiche». Nach der im Kern überzeugenden Kritik der digital angeheizten «Erregungsökonomie» las ich mit besonderem Interesse das letzte Kapitel, in dem gefragt wird, wie sich auch zivilgesellschaftlich mehr «Vertrauen herstellen» liesse. Da spiele der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der nach dem Zweiten Weltkrieg «aus der Einsicht in die Notwendigkeit einer unabhängig informierenden und analysierenden Instanz für die Demokratie entstand», in der neuen Krisenlage eine wichtige Rolle. Freie, offene Medien gehörten zur «staatlichen Daseinsvorsorge», sie seien Teil einer «nicht marktfähigen Sphäre». Um sie zu stützen, dies eine der konstruktiven Visionen kurz vor Schluss, wären womöglich solide europäische Netzwerke zu schaffen.

(Werk)täglich eine halbstündige DLF-Sendung, in der auch die Selbstkritik ihren Platz hat. Wo gibt es so etwas sonst?

Für allseits wehrhafte Demokratie

Für mich ist heute der Deutschlandfunk, der 1960 vor allem als Gegengewicht zur DDR-Propaganda gegründet wurde, ein modellhaftes Exempel für verantwortungsvolle, sich mit den gesellschaftlichen Veränderungen wandelnde und emanzipierende Radioarbeit. Das nach der Vereinigung neu strukturierte Deutschlandradio konnte sich landesweit neben den regionalen ARD-Sendern halten, wurde mit nun drei werbefreien Programmen sogar ausgebaut. Eines davon setzt mit Standort Berlin stärker auf Kultur, bei «Nova» – wie der ursprüngliche DLF in Köln beheimatet – bekamen Wissenschaft und Jugend mehr Raum.

Charakteristisch für die Arbeitsweise ist die gemeinsam bestückte DLF-«Denkfabrik», deren Thema im neuen Jahr «wehrhafte Demokratie» ist. Ein schillernder Begriff, der vielschichtig angegangen wird. Schon früh am 1. Januar machte eine historische Würdigung der ersten Nationalversammlung von 1848 den Anfang: «Die Revolution scheiterte, aber der Weg in den Parlamentarismus und zu den Grundrechten war beschritten.» Doch meist wird es um die Gegenwart gehen. Ein für entsprechende Features zuständiger Redakteur betont im Programm-«Magazin», dass das Publikum die Wahl des Schwerpunkts mitbestimmt habe. Mehr als 38 000 Personen beteiligten sich. Von den vier vorgeschlagenen Themen lag die als bedroht empfundene Demokratie «mit einem Vorsprung von nur 19 Stimmen vor «Wir können auch anders. Lernen aus der Dauerkrise». Eine Rolle mag gespielt haben, dass die Zeit der Abstimmung mit dem Wahlkampf zum US-Kongress zusammenfiel.

Auch der Intendant merkt im Editorial an, diese Thematik sei in vielerlei Hinsicht aktuell: «2023 wird kein einfaches Jahr, auch nicht für die öffentlich-rechtlichen Sender.» Die eng mit dem Erhalt der Demokratie verknüpfte Frage, wie der «Rundfunk der Zukunft aussehen soll, wird uns intensiv beschäftigen». Sie wird seit langem fast in jedem Heft aufgegriffen. Ja, der Deutschlandfunk widmet der Medienpolitik und -kritik sogar (werk)täglich um 15.30 Uhr eine halbstündige Sendung, in der auch die Selbstkritik ihren Platz hat. Wo gibt es so etwas sonst?

«Link» zu SRF – optisch aufgefrischt

Gut, auch im «Link», dem Mitglieder-magazin der SRG Deutschschweiz, sind Spuren davon zu finden. Schwerpunktthema der jüngsten Ausgabe: Fiktion. Da geht es nicht nur um den Erfindergeist zwecks Zerstreung. Auch von heiklen Fakes, schwierigem Fakten-

check und vom schwindenden Vertrauen in den Journalismus ist die Rede. In den vorhergehenden Heften des Jahrgangs ging es vorab um Musik, um Barrierefreiheit sowie um publizistische Unabhängigkeit. Meist lohnt sich die Lektüre. Eine radikale Neugestaltung machte das einst eher biedere deutschschweizerische SRG-Trägervereinsblatt ab 2022 auch optisch attraktiver, und in diesen Tagen wird wieder intensiv für einen Beitritt zur formal eigentlich idealen Basis der grössten Medienproduzentin des Landes geworben. Ist neues Leben in die bilderbuchhaft demokratisch angelegte Organisation gekommen?

Mein etwas zwiespältiger Eindruck: Die aktuellen medienpolitischen Probleme sind präsent, doch es wird darüber meist punktuell debattiert, philosophiert, über Zukünftiges spekuliert. Werden die neuen Wege auch sorgsam gestaltet und vom gesellschaftlichen Auftrag her geprüft? Zum konkreten Programm ist wenig zu finden, wobei hier mein Urteil ungerecht sein dürfte, weil mich vorab das Radio interessiert und dort vorab Hintergrundinformation und Kultur. Also nicht das, was der an der Fernsehstrasse 1-4 domizilierten Redaktion am nächsten liegt. Doch die dort neu errichtete «Radio Hall» wurde früh mit farbenfrohen Fotos und forschenden Statements gewürdigt. «Zukunftsradio ist für mich Live-Radio, das nah beim Publikum ist und es durch den Tag begleitet», bekannte zum Beispiel der «Leiter Kanäle Radio», und zwar «mit diesem eigenartigen Mix aus Musik, Information und Unterhaltung». Auch der «Sound Designer SRF» sieht im neuen Umfeld «eine grosse Chance, mit alten ausgedienten Zöpfen zu brechen». Dieses schief geratene Sprachbild passt.

Stephan Krass: **Radiozeiten.** Vom Ätherspuk zum Podcast. Verlag zu Klampen, Springe 2022, 256 Seiten, 30,50 Franken.

Richard David Precht und Harald Welzer: **Die vierte Gewalt.** Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2022, 288 Seiten, 22 Euro.

Das Magazin #01/2023. Herausgeber: Deutschlandradio. 84 Seiten. Digital abrufbar (und als Programmzeitschrift zu abonnieren) via www.deutschlandradio.de.

Link 4/2022. Mitglieder-magazin SRG Deutschschweiz. Schwerpunktthema: Fiktion. 32 Seiten. Auch ältere Ausgaben sind bei srgd.ch einzusehen.



«Prestige», «Climate litigation», «Projekt Cassandra»

Samstag, 14. Januar

8.30 SWR: «**Wie geht es weiter mit der Sprachförderung?**» Katja Hanke zu Sprach-Kitas.

11.00 DLF: «**Risiko Öltanker.**» Spaniens Lehren aus dem Untergang der «Prestige». Hans-Günter Kellner in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. «Costa da Morte», heisst sie auf Galicisch, die Strecke im Nordwesten Spaniens. Seeleute fürchten den Küstenabschnitt. Schon seit Jahrhunderten sind dort Schiffe an den Klippen zerschellt. Doch die Havarie der «Prestige» von 2002 war besonders folgenschwer, ausgeflossenes Schweröl verseuchte weite Küstenabschnitte bis nach Frankreich, und falsche Entscheidungen der Regierung verschlimmerten die Katastrophe. Was für Konsequenzen wurden daraus gezogen? Und bei SRF 2 läuft die «Musik für einen Gast» mit Luca Koch, angekündigt als «Künstler:in», nach einer Kindheit als Junge im Kanton Schwyz jetzt «genderfluid» und «Weltenbürger:in auf diesem Planeten».

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Nino Haratischwilli, Schriftstellerin. Bereits seit 2003 lebt die 1983 im georgischen Tiflis geborene Autorin und Theater-Regisseurin in Deutschland. Sie sehe sich selbst als kulturelle Grenzgängerin. Und ihre Werke sind laut Vorschau «vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine erschreckend aktuell».

19.00 SWR: «**Frau mit gelbem Barett.**» ARD-Radio-Tatort-Krimi von Martin Mosebach. Aus der Villa einer Industriellenfamilie wird ein mehrere Millionen Euro teures Picasso-Gemälde gestohlen und die Besitzerin liegt bewusstlos am Tatort ...



20.00 DLF: «**Babyn Jar.**» Dokumentarhörspiel über das Massaker vom September 1941. Gestaltet von Fabian von Freier und Andreas von Westphalen. Übersetzungen aus dem Ukrainischen und Russischen: Jelena Morry. Obwohl es sich um eines der grössten Verbrechen des Zweiten Weltkriegs handelt und die damalige Wehrmacht dafür verantwortlich war, sei dieser Massenmord in Deutschland noch weitgehend unbekannt, hält die Vorschau fest. Nahe bei Kiew wurden am 29. und 30. September 1941 in einer Schlucht über 33 000 jüdische Frauen, Män-

ner und Kinder ermordet. «Holo-caust durch Kugeln.» Aufgrund von Originaldokumenten wie Tagebüchern, Briefen, Interviews, Befehlen, Sitzungsprotokollen, Aussagen von Beteiligten und autobiografischen Texten werde hier «die Geschichte und das unbeschreibliche menschliche Leid rund um das Massaker von Babyn Jar» nachgezeichnet und aus verschiedenen Perspektiven «eine Ahnung des Unbeschreiblichen» vermittelt. Der zweite Teil, in dem das Geschehen danach beleuchtet wird, ist in einer Woche zu hören. Parallel dazu präsentiert SRF 2 wie (zu) oft einen ordinären, im Archiv gelagerten Krimi: «Drei Kugeln ins Herz» von Louis C. Thomas. Produziert 1971 mit Musik von Hans Moeckel, dessen 100. Geburtstag der Anlass nicht nur für diese Reprise ist.

21.00 SRF 2: «**Komponieren!**» Musik unserer Zeit mit Katharina Rosenberger, die auch Intendantin des Festivals Sonic Matter ist. Sie machte sich im Frühjahr 2020 als Komponistin «über ihr Metier einige Gedanken». Nun nochmals zu hören.

22.00 DLF: «**MA-AM.**» Triowerke von Younghy Pagh-Paan. Aufgenommen im DLF-Kammermusiksaal für das Atelier neuer Musik. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur in der Jazztime: «Coleman Hawkins, der Vater des Tenorsaxofons.» Und nach 23 Uhr folgt hier der zweite Teil von «Book of Songs» – fünf Gedichten junger europäischer Autorinnen und Autoren, inszeniert und komponiert von Hörspiel-Künstlerinnen und -Künstlern in der Originalsprache sowie in deutscher Übersetzung.

23.00 DLF: «**Dem Kaninchen auf der Spur.**» Sabine Fringes führt durch eine Lange Nacht über Lewis Carroll. Kaum ein Buch nach der Bibel wurde so oft übersetzt wie deren «Alice in Wonderland», wo ein Mädchen einem weissen Kaninchen mit Taschenuhr in seinen Bau folgt und dort auf allerlei merkwürdige Wesen trifft: eine Wasserpfeife rauchende Raupe, eine falsche Suppenschildkröte, eine Grinsekatz ... Jüngst wurde ein psychologischer Begriff mit Bezug zur Alice-Geschichte kreiert, nämlich das «Kaninchenbau-Syndrom». Es meint Menschen, die sich immer tiefer in ein Netz aus seltsamen Gedanken oder Verschwörungstheorien verstricken.

Sonntag, 15. Januar

8.30 SWR: «**Wie machen Smartphone und Co süchtig?**» Science Talk mit Psychologe Christian Montag. Eins der neuen Phänomene heisst «Phubbing», bezeichnet exzessiven Smartphone-Gebrauch in Partner-

schaften und kann zu Beziehungsschwierigkeiten führen. Doch das sei nur ein Aspekt der sogenannten Smartphone-Sucht, die mittlerweile viele Handymenschen betrefte. Die aktuelle Forschung zeige, was da «im Gehirn passiert und was man dagegen tun kann». Parallel bei SRF 2 in den Perspektiven: «Was kommt, wenn Gott geht?» Dorothee Adrian sprach mit Betroffenen über deren Dekonversion, «ihre Geschichte von Zweifeln, Ärger, Wut, und dem Mut eines Neuanfangs».

9.30 DLF: «**Ethik und Verantwortung.**» Der Klimawandel: eine Ungerechtigkeit. Essay von Hannes Bajohr. Dass der Klimawandel menschengemacht ist, sagt uns die Wissenschaft. Und die Philosophie sagt auch, dass er ethische Probleme aufwirft. Doch was heisst das genau? Sind wir alle an ihm schuld? Tragen wir Verantwortung für künftige Generationen? Als der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts am 24. März 2021 sein sogenanntes Klimaurteil verkündete, erregte das höchste deutsche Gericht viel Aufsehen mit seiner Entscheidung. «Zum ersten Mal», schrieb das Wissenschaftsmagazin Nature, hatte «ein Gericht bestätigt, dass eine Regierung die Fürsorgepflicht für seine Bürger verletzt, wenn sie zu wenig gegen Emissionen unternimmt». Weltweit wurden schon rund 2000 solcher Prozesse angestrengt, auch in der Schweiz. «Climate litigation» nennt sich die Strategie, welche Klimagerechtigkeit juristisch durchsetzen will. Einen methodischen Ansatz dafür hat Judith Shklar mit ihrer Studie über «passive Ungerechtigkeit» geliefert. Auf sie stützt sich der Autor, der zurzeit Junior Fellow am Collegium Helveticum in Zürich ist.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Sven Ivanic, Stand-Up-Comedian und Jurist.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Harald Jähner, Publizist. In seinem Buch «Wolfszeit» beschrieb er den deutschen Alltag nach dem Zweiten Weltkrieg.

14.00 SWR: «**Wilhelm Genazino und die Poetisierung der Welt.**» Feature von Ulrich Rüdener.

15.00 SRF 2: «**Grândola, Vila Morena.**» Stefan Franzen über José Afonso, einen Pionier zwischen Poesie und Politik. Für viele Portugiesinnen und Portugiesen ist er eine der wichtigsten Persönlichkeiten des Landes, nachdem sein Grândola-Lied am 25. April 1974 das Startsignal für die Nelkenrevolution gab.

18.20 SWR: «**Kriegsbraut.**» Hörspiel nach dem Roman von Dirk Kurbjuweit. Die junge Esther be-

schliesst, Soldatin zu werden. Und wird im Frühjahr 2006 nach Afghanistan geschickt.

20.00 DLF: «**Dummheit.**» Versuch einer Annäherung. Feature von Rolf Cantzen.

23.00 SWR: «**Nüchternsein.**» Eine Liebesgeschichte. Erzählt von Oliver Martin. Er trinkt gern, vor allem Wein. Doch nach langjähriger Beziehung beschleichen ihn Zweifel: Passen der Alkohol und er noch zusammen?

Montag, 16. Januar

8.30 SWR: «**Frauen heimlich gefilmt.**» Lydia Jakobi über Upskirts und Voyeur-Videos im Internet.

14.00 SRF 1: «**Nackte Angst**» von Charles Maitre mit Musik von Moeckel. 1976!



15.00 SWR: «**Vallecito.**» Erika Harzer und Steffi Wassermann berichten über ein Dorf voller Hoffnung für Frauen der Garifuna in Honduras. Vor zehn Jahren haben sie ihr Gemeindegebiet aus den Händen der organisierten Kriminalität zurückerobert und ein zukunftsorientiertes Projekt gestartet.

Dienstag, 17. Januar

8.30 SWR: «**Brasilien artenreiche Savanne in Gefahr.**» Gudrun Fischer über die Brandrodung im Cerrado.

15.00 SWR: «**Lanz mit Ährenkranz.**» Lothar Nickels über Traktor-Oldtimertreffen.

19.15 DLF: «**Unsere Liebe, unsere Mannschaft, unser Stolz.**» Kult statt Kommerz beim 1. FC Union Berlin. Feature von Jörn Klare.

21.00 SWR: «**Löcher der Existenz.**» Ästhetik des Todes im modernen Musiktheater. Jetzt! Musik mit Egbert Hiller.

Mittwoch, 18. Januar

8.30 SWR: «**Zocken mit Lebensmitteln.**» Beate Krol zur Spekulation am Agrarmarkt.

10.00 DLF: «**Lernziel Völkerverständigung.**» Wenn Jugendliche aus 90 Nationen gemeinsam unterrichtet werden. Live aus dem Robert Bosch College in Freiburg.

15.00 SWR: «**Der Junge, der alles sein will.**» Vom Geflüchteten zum Bühnenstar. Bartholomäus Laffert über den Weg von Tamim Fattal, der als Kind einen Traum hat: Er möchte Schauspieler werden – so wie Leonardo DiCaprio, dessen Filme er liebt. Doch als er 14 ist, beginnt in seiner Heimat Syrien der Krieg ...

20.00 SRF 1: «**Comedy Talent Act.**» Das Neueste für 2023 im Spasspartout. Und bei SRF 2 die französische Elektronikpionierin Éliane Radigue in «Musik unserer Zeit».

21.00 DLF: «**Von organisiertem Gebrechen, Heimsuchungen und der Kraft der Satire.**» Der Kabarettist René Sydow.

Freitag, 20. Januar

9.00 und 18.30 SRF 2: «**30 Jahre Albanien.**» Von Radio Tirana zum Lebenswerk. Reprise einer Kontext-Recherche.

10.00 DLF: «**Vom Kriegsverbrechen bis zum Sexualdelikt.**» Warum meist Männer?

15.00 SWR: «**Im Namen der Natur.**» Wie Ecuador eine neue ökologische Bewegung anführt. Feature von Elisabeth Weydt. Schon seit 2008 sind dort Rechte der Natur in der Verfassung festgeschrieben, und eine Kleinbäuerin hat gegen die Regierung geklagt, um den Bau einer Kupfermine im Regenwald zu verhindern: Sie würde eine der artenreichsten Regionen der Welt zerstören ...

19.15 DLF: «**Zimmer frei.**» Familie sucht Ukrainerin. Feature-Serie von Stella Luncke und Josef Maria Schäfers. Folge zwei: Zwischen Ankommen und Abreisen.

20.00 DLF: «**Cassandra.**» Kann Literatur Krisen prophezeien? Feature von Markus Metz und Georg Seesslen. Gestartet ist das «Projekt Cassandra» topsecret, vom deutschen Verteidigungsministerium finanziert, mit einem ungewöhnlichen Ansatz: Die gezielte Untersuchung literarischer Werke soll als Frühwarnsystem dienen, mit dem akute gesellschaftliche Spannungen identifiziert werden können, bevor sie in bewaffnete Auseinandersetzungen oder gar Krieg umschlagen ... Parallel bei SRF 1: «Die eingebildete Maske.» Wiederholung einer von Johannes Mayr und Wolfram Höll gestalteten Radio(corona)komödie nach Molière.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Zudem sind die meisten Sendungen im Podcast-Angebot.

Schottfon



Die in der Schweiz schachbrettartig angelegte Stadt auf fast 1000 Metern über Meer kennen die meisten Leute wohl nur vom Hören her. Es ist La Chaux-de-Fonds, oder La Tchaux, wie die Einheimischen ihr sagen. Berner nennen sie Schottfon.

Blick hinter Kulissen

Die Redaktorinnen der Zeitschrift «orte» haben diese Stadt im letzten Mai besucht. Gleichzeitig wurden Julie Guinand, Hélène Bezençon, Urs Mannhart und das Autorenkollektiv AJAR eingeladen, um für «orte» zu schreiben. Julie Guinand beschreibt die Ankunft einer Frau in der Stadt, die gleich einen Banküberfall miterlebt, vielleicht sogar Komplizin hätte sein sollen. Das Kollektiv AJAR schaut hinter die Kulissen und wirft den Blick auf die verborgenen Orte von La Tchaux. Einige davon werden mit Farbfotos bebildert. Die zehn kurzen Texte zeigen die Stadt, deren Fussballclub mal in der obersten Liga spielte, in grosser Breite.

Im Kapitel «Bücherregal» werden neue Bücher aus der Schweiz vorgestellt. Die Übersetzerin und Autorin Yla Margrit von Dach stellt ihre «Bestenliste» von Büchern vor. Hermann Koch

La Chaux-de-Fonds. Schweizer Literaturzeitschrift Nr. 219; Orte Verlag, 2022, 88 Seiten, 18 Franken.

Eleganz



In diesem Büchlein fasst sich Ilma Rakusa mit einem von vielen Leuten als veraltet geltendem Wort: der Eleganz. Für die Autorin ist – gerade in diesen schwierigen Zeiten – Eleganz «weit mehr als modisch-geschmackvolles Gekleidetsein». Bei Eleganz geht es auch um «Gewandtheit, Manieren, Respekt vor sich selber und andern». Sie hat damit auch nichts mit Luxus zu tun, eher das Gegenteil ist der Fall.

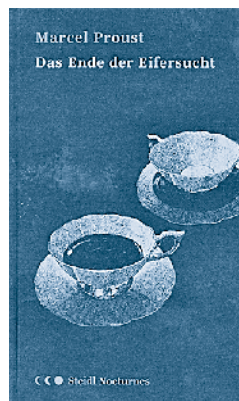
Kultur und Pflege

Eleganz ergibt sich für die Autorin aus dem Zusammenspiel der folgenden fünf Begriffe: Leichtigkeit, Einfachheit, Geschmack, Anmut und Natürlichkeit. Diese erläutert sie in je einem eigenen Kapitel. Fazit: «Eleganz ist Kultur, nämlich Pflege. Und zwar im Alltag, nicht auf den roten Teppichen... Sie ist ein Mittel zur Verfeinerung von Umgangsformen...» Mit rauherem Umgang wird nur Wut und Gewalt erzeugt, die keines der vielen Probleme, welche auf der Erde gelöst werden müssen, lösen helfen, so ihre Haltung.

Ein mutiges Buch in einer Zeit des «Anything goes», aber gerade darum nötig, auch wenn man der Autorin nicht in jedem Punkt zustimmen muss. hk.

Ilma Rakusa: **Gedankenspiele über die Eleganz**. Essay, Droschki Verlag, 2021, 48 Seiten, 14.50 Franken.

Proust



Keine Angst: bei diesem Buch geht es nicht um Marcel Prousts Wälzer «À la recherche du temps perdu», ein Buch, über das viel geschrieben wird, aber das nur die Wenigsten vollständig gelesen haben. In diesem Büchlein legt der 26-jährige Proust, einer der bekanntesten Schriftsteller Frankreichs, eine Sammlung von Erzählungen und kleinen Texten vor.

Die neun Geschichten handeln in der oberen Gesellschaftsschicht der «Belle Époque». Violante versucht alles, damit ihr die Welt zu Füßen liegt, scheitert aber.

Honoré kommt zu spät zum Souper, wird von Eifersucht geplagt, da die Hausherrin einen neuen Gast stärker beachtet als ihn. Die Verliebtheit von Françoise in Monsieur Lalande bleibt leider unerfüllt.

Der kleine Band gibt einen Einblick in die Lebenswelt von Proust. Er animiert vielleicht LeserInnen dazu, mal einen der Titel aus seinen Hauptwerken, zum Beispiel «Eine Liebe Swanns», anstelle «Auf der Suche nach der verlorenen Zeit», doch noch zu lesen. Ergänzt werden Prousts Texte mit einem Nachwort von Andreas Nohl und vielen Anmerkungen. hk.

Marcel Proust: **Das Ende der Eifersucht**. Frühe Erzählungen, Steidl, 2021, 110 Seiten, 27.90 Franken.

Krimi der Woche



Über fünfhundert Seiten zu lesen schreckt etwas ab. Weiss ich am Schluss noch, um was es hauptsächlich geht? Die Spannung beim Lesen lässt manchmal tatsächlich nach. Doch die Zeitreise in die Mitte des 19. Jahrhunderts lohnt sich. Es ist der zweite Ermittlungsfall für Wilhelm von der Heyden und Ernst Vorweg: In einem verbotenen Duell erschiesst Hans von Rochow, Offizier und Mitglied des Herrenhauses, den Generalpolizeidirektor von Berlin, von Hinckeldey. Das Opfer hatte wohl damit gerechnet, dass der König – der vom anstehenden Duell Kenntnis hatte – einschreiten würde, was er aber nicht tat. Hinckeldey war kurzsichtig und hatte absolut keine Erfahrung im Umgang mit Pistolen. Das Duell löst in Berlin einen Skandal und einen Machtkampf zwischen der Polizei und der Staatsanwaltschaft aus und führt zu Umstrukturierungen. Die beiden Kommissare von der Heyden und Vorweg bekommen einen neuen Chef. Der bisherige Vorgesetzte, Herford, wird zum Stellvertreter des neuen Polizeidirektors befördert, der neue Chef der Ermittler, Dr. Stieber, gilt als autoritär, ist unbeliebt und hat die beiden bereits früher arg schikaniert.

Ein neuer, seltsamer Fall bringt Bewegung in die Geschichte: Die frisch verheiratete neunzehn Jahre alte Johanna Miltenberg – Tochter aus gutem Hause – ist seit Tagen rätselhaft verschwunden. Auch im Leichenschauhaus wird nach ihr geforscht. Tatsächlich liegt sie dort, wie auch zwei weitere Tote. Diese zwei waren als Prostituierte bekannt, aber niemand scheint sich um ihre wahre Identität und um ihren Mörder zu kümmern. Alle Frauen sind jung und blond und weisen am Schienbein seltsame Kerben auf. Offensichtlich treibt ein Serientäter sein Unwesen. Die Zahl der Schnitte lässt auf weitere Opfer schliessen. Die Suche nach dem Mörder wird dringlich, der Druck auf die beiden ermittelnden Kommissare steigt. Die Presse soll nichts über die Morde erfahren, sonst wird Angst die Bevölkerung erfassen. Neben den zu lösenden Tötungsdelikten sowie den Umstrukturierungen in der Polizei nimmt das Privatleben von der Heydens viel Raum ein. Sein Leben als Untermieter bei der fürsorglichen Witwe Brenke wird akkurat beschrieben und die Wirren um die heimliche Verlobung mit Marie ausführlich erwähnt. Die beiden Familien müssen der Heirat zustimmen, aber die Mütter der Verlobten sind seit Jahren zutiefst verfeindet. Der Raum, den die Erzählung des Privatlebens einnimmt, senkt beim Lesen die Spannung nach der Mördersuche. Aber am Schluss löst sich doch fast alles auf.

Die Beschreibungen des sozialen Berliner Lebens um das Jahr 1856 und das Aufzeigen der politischen und wirtschaftlichen Situation führen beim Lesen zu viel Einblick. Hilfreich ist der informative Anhang, wo zwischen Realität und Fiktion unterschieden wird.

Marianne de Mestral

Ralph Knobelsdorf: **Ein Fremder hier zu Lande**. Bastei Lübbe, Köln 2022, 506 Seiten, 25.90 Franken.

Versprechen



Nach dem überraschenden Tod seiner Gattin übernimmt Germaine deren Rolle in einem Tanzstück – heimlich.

Delfine Lehericey («Le Milieu de l'Horizon») inszeniert den Witwer als Projektionsfläche. Germaine (François Berléand) wird reihum dermassen betüdel, dass Fürsorge und Übergriffigkeit einander zum Verwechseln ähnlich werden. Die Nachbarin bringt andauernd frisch gekochtes Essen, die erwachsenen Kinder takten seine Woche im Stundenrhythmus durch und sind entweder direkt vor Ort oder rufen ihn mehrmals täglich an. Dass ein Witwer eine erwachsene Person, ergo hauptsächlich selbstständig ist und darüber hinaus vielleicht auch einfach ein wenig Ruhe haben möchte, um seine Trauer zu verarbeiten, kommt seinem Umfeld nicht in den Sinn. Alle befürchten einen Fall ins tiefe Loch der Depression, dem parallel zum plötzlichen Tod von Julie sofortigen Verlust von Germaines Lebenslust. Er hingegen plant das romantische Einlösen eines gegenseitigen Versprechens der Eheleute zu Lebzeiten: Egal, welches Projekt der/die andere aktuell verfolgt, der/die andere würde es nach dem Ableben des anderen für ihn/sie zuende führen. Also zeitgenössischer Bühnentanz bei und mit La Ribot. Jetzt ist Germaine eher der Bücherwurm als der Akrobat und sieht seinerseits wenig Sinn im Ausdruck mittels Bewegung und Bühnenpräsenz, aber versprochen ist versprochen. Nach anfänglichen Bedenken aus den Reihen der mit Laien und Profis und auch im Alter gemischten Compagnie, weil nur noch wenig Zeit bis zur Premiere bleibt und sich Germaine zuerst ziemlich ungelentk steif und gehemmt zeigt, entwickelt sich auch innerhalb der Probengruppe eine ganz neue – die Choreographin völlig faszinierende – Dynamik. Von dieser Lebenslust lässt sich Germaine fast unbemerkt, dafür nachhaltig anstecken. Er entwickelt neben der Freude auch einen Ehrgeiz und letztlich gar einen Stolz, das Wagnis eingegangen zu sein. Nur sein Umfeld, das muss irgendwie überlistet werden, damit diese neue Freiheit sein Eigen bleiben kann. froh.

«Last Dance» spielt in den Kinos Houdini, Movie.

Plauderei



Kaspar Kasics geht etwas sehr selbstverständlich davon aus, dass Erica Jong noch heute für alle ein fester Begriff ist.

Die Frage, ob Frauen sexuelle Phantasien hegen würden, wirkt im heutigen Kontext regelrecht absurd. Als Erica Jong dies in ihrem Erstlingswerk «Fear of Flying» Anfang der 1970er-Jahre selbstbewusst propagierte, war dies noch eine Sensation, weil Tabubruch. Wer Leserinnen vorschlägt, den Fokus der Sexualität auf die eigene Lust zu richten und diese Welt spielerisch zu erkunden, muss aus der damaligen Sicht – in Original-TV-Beiträgen eingeflochten – zwingend lesbisch sein, (nicht nur) zwischen den Zeilen gleichbedeutend mit pervers. Dass sie sich dann auch noch mit einer unverschämten Selbstverständlichkeit zu einem hedonistischen Lebensstil bekannte, war den Hütern über Sitte und Moral endgültig zu viel. Über zwölf Millionen verkaufte Bücher hingegen sprechen eine diametral entgegengesetzte Sprache. Erica Jong traf damals den Nerv der Zeit genauso wie mit den in Zwanzigjahren erschienenen weiteren «Fear of»-Büchern (Fifty/Dying), die sie neben vielen anderen Romanen veröffentlicht hat. Kaspar Kasics Film «Erica Jong – Breaking the Wall» ähnelt weniger einer Biographie, die sich entlang namhafter Erfolge erzählt, sondern gleicht vielmehr einem Besuch bei einer nonchalanten Plauderei mit einer alten Freundin. Nicht jedes Wort, jede Kameraeinstellung ist es wert, auf die Goldwaage gelegt zu werden und auch die Dramaturgie wirkt vielmehr frei dahinplätschernd als zielstrebig inszeniert. Dafür erhält das Publikum einen ziemlich ungekünstelt wirkenden Eindruck in die Denk-, Arbeits- und Lebensweise der heute 80-Jährigen, die sich augenscheinlich noch nie darüber scherte, was zu jeder Zeit als gebührendes Verhalten und Denken gehalten wurde. Sie wollte und will eine Gleichberechtigung der Geschlechter auf Augenhöhe und stellt(e) nicht nur ihre Schriften, sondern auch ihr Leben unter diese Prämisse. Letztlich intellektuell auch eine erfrischende Begegnung. froh.

«Erica Jong – Breaking the Wall» spielt im Kino Piccadilly.

Konform

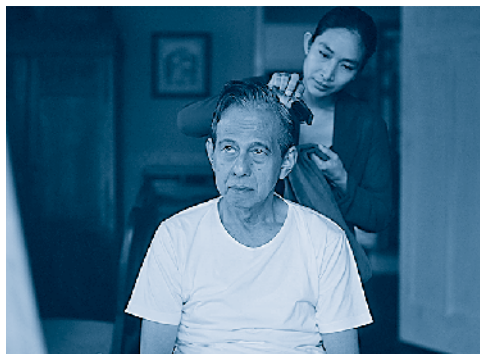


Auch Jan Gassmann tappt in die Falle, eine experimentelle Sexualität mit psychologischen Defiziten zu verbinden.

Sobald eine Vorliebe der triebigen Art eine Missionarsroutine übersteigt, egal welcher Ausprägung, taucht immer irgendwo im Hintergrund eine hochmoralisch konnotierte Infragestellung dieses einvernehmlich praktizierten Lustaustausches auf. Als ob in Rollenspiele überführte Vergewaltigungsfantasien einer Frau in einem öffentlichen Parkhaus oder eine auf Dominanz und Unterwerfung basierende Grenzauslotung zwischen Schmerz und Lust irgendetwas anderes als Spiel- und Experimentierfreude wäre. Offenbar können oder dürfen solche Sexualpraktiken nicht hemmungslos gefeiert, ergo ausgekostet werden, ohne dass ein psychischer Knacks zumindest als über allem schwebende Vermutung mit ins Spiel kommt. So passiert das auch Jan Gassmann, der in «99 Moons» an sich eine von herkömmlichen Konventionen befreite Sexualität thematisiert und zwei Personen zeigt, die diese in einen Alltag zu überführen suchen, aus vielfältigen Zwängen dazu aber letztlich nicht in der Lage sind. Bigna (Valentina di Pace) steht auf einmalige Rollenspiele, über deren Drehbuch sie bestimmt und auch jeden Moment während des Sexualaktes dominiert und kontrolliert. Dumm nur, dass ihr jüngster Internetmatch Frank (Dominik Fellmann) seinen Sexualtrieb nicht ohne die ins Stereotyp reichenden romantischen Fantasien zu leben in der Lage ist. Er will mehr. Er will Paardasein. Der Versuch, selbst örtlich ausserhalb der Gesellschaft erprobt, scheitert. Was jedoch – mit ein paar Jahren Distanz – nicht einschläft, ist der gegenseitig empfundene körperliche Reiz. Kaum sehen sie sich wieder, steigt der Trieb wieder in seiner ursprünglichen Heftigkeit in ihnen hoch. Dass eine sogar im Alltag beglückende, experimentelle Sexualität mitunter auch nach eine Abkehr von konformer Lebensführung verlangt, damit ein Trott die Lust nicht erdrückt, muss als überhaupt denkbar, besser: erstrebenswert wieder einmal ins Spiel gebracht werden. froh.

«99 Moons» spielt im Kino RiffRaff.

Umbrüche



Parallel zu den politischen Wirren in Indonesien um 1960 erzählt Kamila Andini ein Frauenschicksal im Wandel.

Eine exakte Einordnung der Gemengelage, die klare ethnische Verortung der Figuren und auch die Zeitläufte werden in «Before, Now & Then» im Ungefähren belassen. Nur via Filmstimmung und dem Spiel seiner Hauptfigur Nana (Happy Salma) entsteht die Ahnung von einem Frauenleben, das sich in sein Schicksal fügt. Von aussen betrachtet. Ihre tiefe Melancholie rührt vom Verlust eines Sohnes und der Ungewissheit über den Verbleib ihrer Lebensliebe. Das war früher. Im Jetzt ist sie eine Grossbürgersgattin ohne eigentliche Aufgabe innerhalb eines Tagwerks. Die regelmässigen Teestunden mit Damen und die privaten Tanz- oder Gesangsvorführungen sind nicht erschöpfend sinnstiftend. Intime Gespräche – ob mit dem älteren Gatten oder einer Tochter – finden nur beim Haare kämmen, der offenbar zärtlichst möglichen gegenseitigen Berührung statt. Ganz augenscheinlich gehört sie irgendwie trotzdem nicht zur Gesellschaft dazu, und als ihr Gatte eine Zweitfrau ernannt oder sich eine Geliebte nimmt, ist ihr das recht. Die Trennung erfolgt einvernehmlich, und als ein Militär erfolgreich um sie und ihr Herz herum scharwenzelt, scheint das die im Titel erwähnte Zukunft zu meinen.

Die Veränderungen ermöglichen – vor allem ohne detaillierte Kenntnis der komplizierten politischen Ereignisse in Indonesien dieser Tage – am ehesten auf einer emotionalen Ebene eine Ahnung über eine sich verändernde Gefühls- und Lebenslage. Ihr Weg in eine Selbstbestimmtheit ist von keinerlei privatem Aufruhr begleitet, sondern schleicht sich vielmehr ein. Ähnlich gedämpft und im Ereignisreichtum reduziert wie die gesamte Erzählweise, die Tonspur und die kunstvolle Bildgestaltung. Fast so, als wäre das Private ein gegenteiliges Spiegelbild des Politischen, davon genauso betroffen wie auch komplett losgelöst. Den Hauruckveränderungen im Draussen steht ein sorgsam-vorsichtiger Geschehnisfluss im Inneren gegenüber. froh.

«Before, Now & Then» spielt im Kino Uto.

Frauenbild



Eine Journalistin mit zweifelhaftem Ruf und ein Mörder aus religiösem Eifer ergeben zwei Blickwinkel auf den Iran.

Ali Abbasi («Border») entwickelt mit «Holy Spider» keinen Kriminalfilm, in dem ein Täter überführt wird. Saeed (Mahdi Bajestani) steht von vornherein als «Spinnenmörder» fest, der unter Berufung auf den achtem Imam Reza die Strassenprostituierten meuchelt, die um dessen Schrein (dem einzigen Grabmal eines schiitischen Imams im Iran) herum anschaffen. Er führt einen Dschihad gegen die Sittenlosigkeit. Er sieht sich als von höherer Stelle dazu berufen. Die Teheraner Journalistin Arezoo (Zar Amir Ebrahimi) hat bereits von dort aus die örtliche Polizei in Maschhad der Untätigkeit bezichtigt, bevor sie die sexuellen Übergriffe ihres Chefredaktors abwehrte, gekündigt wurde und fortan mit dem Ruf einer liederlichen Lebensführung behaftet ist. Weil: Alles im Zusammenhang mit Sexualität geht immer zulasten der Frau. Jetzt recherchiert sie vor Ort. Und lehnt sich für ihre Arbeit selbstgefährdend weit zum Fenster raus, weil die Auskunft des Polizeichefs, die Behörde würde einfach auf den ersten Fehler warten, den jeder Täter früher oder später macht, sie nicht zufriedenstellt. Sie stellt sich selber aufgetakelt an die Strasse und wartet auf Saeed. Die Unabhängigkeit der Justiz ist gewahrt und dies auch trotz der Tatsache, dass der Richter ein hoher religiöser Würdenträger ist.

«Holy Spider» geht es um die Darstellung einer allgemeinen Geringschätzung der Frau als solcher. Und der handkehrum gesellschaftlich weit verbreiteten Bereitschaft, unter fadenscheiniger Berufung auf die Religion inklusive der Verehrung des Märtyrertums jeden humanistischen Einwand zu übergehen. Fanatismus vor Vernunft. Das männerbündlerische Netzwerk wird im Film als bis in sehr hohe Chargen greifendes, die Institutionen also den Staat bedrohendes Grundübel blossgestellt, an dem auch ein prominenter Schuldpracher nicht zu rütteln vermag. Die nächste Tätergeneration steht schon Gewehr bei Fuss. froh.

«Holy Spider» spielt im Kino RiffRaff.

Antikrieg



Ohne Rücksicht auf die Konsequenzen zieht einer seine Sache durch, die folgende Eskalation ist programmiert.

Die Trotzbeschlussfassung für die künftige Komplettverweigerung jeder empathischen Auseinandersetzung, auch mit der bislang emotional engsten Person, trifft Colm (Brendan Gleeson) überraschend klammheimlich für sich selbst. Den geschaffenen Fakt wirft er seiner Umgebung als hinzunehmend vor die Füsse. Ende der Diskussion. Weil aber Patraic (Collin Farrell) als dessen einziger Freund weder einen Auslöser erkennen noch die als ursächlich verkaufte Motivation nachvollziehen kann und die mit-schwingende Drohung einer Selbstverstümmelung bei Nichtberücksichtigung des gestellten Ultimatums schon gar nicht für voll nehmen kann, nimmt in «The Banishes of Inisherin» eine sich selbst erfüllende Prophezeiung Anlauf, sich zuzuspitzen und zu eskalieren. Die beiden Herren schmoren im eigenen Saft. Was um sie herum geschieht, ist bloss von niedrigrangigem Interesse: Der Artilleriebeschuss auf der Nachbarinsel, die schiere Selbstaufgabe eines persönlichen und beruflichen Fortkommens von Patraics Schwester Siobhan (Kerry Condon), die mit der Funktion unvereinbare Gewaltbereitschaft des Lokalpolitisten Dominic (Barry Keoghan) – alles Nebenschauplätze. Regisseur und Drehbuchautor Martin McDonagh («Three Billboards outside Ebbing, Missouri») führt hier unter dem Deckmäntelchen der allein lebenswerten Hinwendung zum einzig Wichtigen (der Kunst) exemplarisch vor, wie aus einer Beiläufigkeit eine Unerbittlichkeit von Krieg erwächst. Die Schrulligkeit der Figuren hilft, die nur die Steigerung kennende Absurdität als Komik zu verkennen, wohingegen jede Aktion-/Reaktionspaarung der beiden Herren die aufziehende Katastrophe plastischer und bedrohlicher macht und demzufolge die Erkenntnis nahelegt, hier einer Nichtverhaltensempfehlung beizuwohnen. Kurzweilig unterhaltsam, aber eben auch analytisch geschärft dafür, was wider eine Eskalation zu unterlassen wäre. froh.

«The Banishes of Inisherin» spielt in den Kinos Alba, Corso, RiffRaff.

Extremist:innen



Als die SP Schweiz in ihrem Parteiprogramm 2010 wiederum die Überwindung des Kapitalismus zu einem ihrer expliziten Ziele erklärte, ging ein Raunen durch den Blätterwald. 1982, als die vorherige

Fassung des Parteiprogramms formuliert wurde, gab es noch die Ostblock-Länder, in denen der Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus (angeblich) real existierte, aber 2010? Da war der Kapitalismus schon längst zum Normalfall geworden. Darüber muss man nicht mehr diskutieren, wer das Wort überhaupt noch in den Mund nimmt, outet sich damit schon als eine Art Extremist:in, oder? Und so fährt auch die SP seither in ihrem realpolitischen Handeln kaum einen forschen Überwindungskurs, und täte sie es, würde dies bestimmt Wähler:innenanteile kosten.

In ihrem Buch «Das Ende des Kapitalismus» (Kiepenheuer & Witsch 2022) analysiert die Historikerin und Philosophin Ulrike Herrmann die heutige Wirtschaft im Hinblick auf ihre Fähigkeit, das Problem des Klimawandels zu

lösen. Ihr Fazit: sie kann das nicht. Der Kapitalismus benötigt permanentes Wachstum, Wachstum benötigt Energie, und diese lässt sich nicht in genügender Menge auf nachhaltige Weise produzieren, zumindest nicht mit den heute und in naher Zukunft verfügbaren Technologien. «Grünes Wachstum» ist also mit den uns bekannten Mitteln unmöglich, «grünes Schrumpfen» wäre angesagt. Der Kapitalismus verfügt jedoch über keine Werkzeuge zum Schrumpfen; er folgt, so Herrmann, der Logik einer Krebszelle, muss unaufhörlich wachsen und zerstört damit erst seine Umwelt und dann sich selbst: Will die Menschheit überleben, muss sie ihn abschaffen.

Die Erkenntnis über die zerstörerische Natur des Kapitalismus ist an sich nicht neu. Marx hat sie unter dem Titel «Landnahme» thematisiert (vgl. dazu z.B. Ina Müllers Kolumne vom 22. Dezember 2011 an dieser Stelle*); man erinnere sich auch an Agent Smith aus dem Film «The Matrix», der den Menschen mit einem Virus gleichsetzt, das überall, wo es hinkommt, sämtliche Ressourcen aufbraucht und dann neue Gebiete erschliessen muss, um zu überleben (das vollständige Zitat findet sich in meinem PostScriptum vom 29. April 2022**).

Derzeit verbraucht die Weltbevölkerung gemäss Wikipedia ungefähr das 1,75-fache von dem, was die Erde langfristig hergibt, und die Tendenz ist weiter steigend. Dass dies nicht nachhaltig ist, leuchtet ein, dafür muss man nicht Ökonomie studieren. Man muss nicht mal Herrmann und Marx lesen oder «The Matrix» schauen, an sich wissen es alle. Die Weltwirtschaft muss schrumpfen, sonst fährt sich die Menschheit gegen die Wand. Das bedeutet, dass die Überwindung des Kapitalismus keineswegs ein extremistisches Ziel ist, sondern eigentlich die Grundanforderung jeder Politik sein müsste – der Ausgangspunkt, um neue, nachhaltige Organisationsformen für Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln.

Wer sind denn nun die Extremist:innen? Diejenigen, die den Kapitalismus überwinden wollen, um die Menschheit zu retten, oder die, die wider besseres Wissen an ihm festhalten und uns damit offenen Auges in den Abgrund führen?

Markus Ernst

* Online zu finden auf <http://blog.muellerin.ch/kapitalismus-ueberwinden/>

** Online zu finden auf <https://www.pszeitung.ch/gute-nachrichten/>

Reklame



WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR DIE MENSCHEN.

Bezahlbare Wohnungen und Krankenkassenprämien. Ein Lohn zum Leben.



Am 12. Februar 2023:
SP in Kantons- und Regierungsrat wählen.

